

ELEKTROAUTO

Warum wir die
Zelle brauchen

Werkverträge Ein neues Gesetz soll den Missbrauch stoppen. Der Entwurf hat Mängel.

→ Seite 9

Weiterbildung Wie die IG Metall Tarifverträge und Vereinbarungen umsetzt

→ Seite 20

Bezirk

→ Seite 28

>INHALT

- 4 **Totengräber für alte Schiffe** Die IG Metall fordert bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte, die Wracks verschrotten.
- 6 **Tarifrunde Stahl** Bei Redaktionsschluss gab es noch keine Angebote der Arbeitgeber, aber zwei Arbeitsgruppen.
- 7 **Betriebsrätepreis** Zahlreiche Metallerrinnen und Metaller wurden für ihre Projekte ausgezeichnet.
- 8 **Algorithmen** Was sind eigentlich Algorithmen? Und fressen sie die Arbeitswelt leer?
- 9 **Werkverträge** Aus Sicht der IG Metall ist der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf nicht ausreichend.
- 10 **Klimagipfel** Anfang Dezember treffen sich Regierungschefs, um das Klimaabkommen weiter zu verhandeln.
- 11 **Journalisten ausgezeichnet** Die Otto Brenner Stiftung zeichnet zum elften Mal herausragenden Journalismus aus.

TITEL **Batteriezellen: Ein Aktionsplan muss her**

12 Wenn die Fahrzeugindustrie nicht das Schicksal der Unterhaltungselektronik erleiden soll, müssen Unternehmen endlich anfangen, Batteriezellen zu produzieren. Doch bis dahin ist noch ein langer Weg.

Foto: Jan Woitas/dpa/pa

- 16 **Bessere Ausbildung dank IG Metall** Die Jugendausbildungsververtretung beim Plüschtierhersteller Steiff hilft ihren Azubis.
- 17 **Betriebsrat fragt Beschäftigte** Die Beschäftigten von Daimler diskutieren über mobiles Arbeiten.
- 18 **Weihnachtsfeier** Einige Tipps, wie man die Betriebsfeier gut übersteht.
- 18 **Zu Besuch bei Horst Matysik** Wie der Metaller als kleiner Junge quer durch Deutschland floh.
- 20 **Weiterbildung** Drei Beispiele, wo IG Metall und Betriebsräte Vereinbarungen zum Weiterbilden und Studieren umsetzen.
- 22 **Recht so** Weihnachtsgeld fällt nicht vom Himmel. Tarifverträge regeln es.
- 24 **Ratgeber** Warum es sich für Studierende lohnt, Mitglied der IG Metall zu sein.
- 26 **Kfz-Meister** Sie planen die Arbeitsabläufe, leiten Fachkräfte an und sind für die betriebliche Ausbildung verantwortlich.
- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales**
- 31 **Rätsel/Impressum**

>REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
18. November 2015



Foto: maxxyustas/panthermedia.net



Illustration(M): molchunya/panthermedia.net

Tarifrunde Stahl Warum die Beschäftigten in der Stahlindustrie für ihre gute Arbeit gutes Geld verdient haben. → Seite 6

Werkverträge Ein neues Gesetz soll den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen stoppen. Doch der Entwurf hat Mängel. → Seite 9

>LESERBRIEFE

Ich bin schockiert
metallzeitung 11/2015
Seite 6: »TTIP«

Ich bin schockiert darüber, dass Euch die größte Demonstration seit zwölf Jahren keine halbe Seite wert war. Noch nicht einmal ein Foto habt Ihr in dem Bericht untergebracht. Eure lapidare Berichterstattung ist eine Ohrfeige für jede Kollegin und jeden Kollegen, die und der mit riesigem Engagement dazu beigetragen hat, dass der Regierung eindrucksvoll gezeigt wurde, dass wir ein Europa für die Menschen und nicht für die Märkte wollen. Wir waren mit über 800 Metallerrinnen und Metaller aus der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine dabei. Meine Kolleginnen und Kollegen haben mich im Betrieb gefragt, ob die IG Metall ihre Mitglieder, ihr Engagement und politisches Bewusstsein nicht mehr ernst nimmt, wenn sie die Mitglieder zu einer Demonstration aufruft, die dann mehr als erfolgreich ist, aber in der Berichterstattung nur eine Rolle spielt wie eine Randnotiz. Wir müssen darauf achten, dass sich unsere Mitglieder mit ihren Aktionen wiederfinden. Dann können wir darauf aufbauen und sie für weitere Aktivitäten gewinnen.

Dirk Windmüller, Peine-Salzgitter

Euros statt Prozepte
metallzeitung 11/2015
Seite 3: »Ohne Tarifbindung gibt es keine Gerechtigkeit«

Solange die Tarifverhandlungen in Prozenten geführt werden, gibt es auch keine Gerechtigkeit. Die Lohnschere geht doch immer weiter auseinander und die Armen werden dadurch immer ärmer. Um der sozialen Gerechtigkeit einen Schritt näherzukommen, statt sich immer weiter davon zu entfernen, dürfen die Tarifverhandlungen nicht mehr in Prozenten geführt werden, sondern in Euro. Das wäre gerecht.

Leonhard Hemm, Reichertshofen

Aber wie?
metallzeitung 11/2015
Seite 8: »Vorrang für Umwelt und Beschäftigung «

Für VW hat die Profitmaximierung eindeutig Vorrang. Dafür werden Umwelt wie auch Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Wir Metaller können nicht die Dieseltechnologie verteidigen, wie das in der metallzeitung gemacht wird. Wir brauchen weder AKW noch den Verbrennungsmotor als Übergangstechnologie. Mit dem Elektroauto und der Möglichkeit zur Reduzierung von Verkehr sowie dem Bahnausbau gibt es genug Alternativen für die Verkehrswende.

Wolfgang Baur, Stuttgart



Foto: Thomas Range

Zeitzeuge Als Junge floh Horst Matysik quer durch Deutschland. Das hat seine Einstellung zu Flüchtlingen geprägt. → Seite 18



Foto(M): littlesbocker/panthermedia.net

Studierende in der IG Metall
Es gibt für Studierende viele gute Gründe, Mitglied bei der IG Metall zu sein. → Seite 24

›FRAGE & ANTWORT

**Warum schweißt Ihr die metallzeitung in eine Plastikfolie ein?
Ich finde, das muss wirklich nicht sein.
Wo bleibt denn da der Umweltschutz?**

Sabine Müller, Dortmund

Antwort: Leider lässt sich eine Umhüllung der metallzeitung nicht immer vermeiden. Zum Beispiel in diesem und im vergangenen Monat: Einige Verwaltungsstellen schenken ihren Mitglieder einen Taschenkalender. Dieser wird der metallzeitung beigelegt. Damit der Kalender beim Transport nicht herausfällt und verloren geht, wird die metallzeitung samt Kalender in eine Schutzfolie gepackt.

Wenn es sich vermeiden lässt, verwenden wir keine Folie. Muss es aber dennoch einmal sein, dann aber ökologisch vertretbar. Aus diesem Grund wird die metallzeitung mit einer Polyethylen-Folie umhüllt.

Der Energiebedarf bei der Herstellung von Polyethylen-Folien ist

im Vergleich zu anderen Verpackungen – wie beispielsweise Papier – deutlich geringer. Ressourcen werden also geschont.

Polyethylen ist ein Nebenprodukt der Erdölraffinierung, ein organisches Produkt und enthält kein Kadmium, Blei oder sonstige schwermetallhaltige Verbindungen. Beim Verbrennen entstehen keine Gifte. Das Grundwasser wird nicht belastet, weil Polyethylen grundwasserneutral und somit ökologisch unproblematisch ist. Und Polyethylen eignet sich gut fürs Recycling. Denn bei der Verarbeitung von Polyethylen zu Folien entstehen keine Giftstoffe, sodass die Umwelt nicht belastet wird. Unser Fazit: Wenn schon Folie, dann diese.

›GEWONNEN

Oktober-Rätsel

Lösungswort: Solidarität

1. Preis: Korina Dexel, Bad Liebenwerda
2. Preis: Andreas Ortmann, Wasbüttel
3. Preis: Regina Waack, Eisenach

›EDITORIAL

Haltung und Handeln gegen den Terror



Foto: Frank Rumpenhorst

Terror in Europa

Wir müssen uns auf demokratische Grundwerte besinnen und uns gemeinsam gegen Terror und Rassismus stellen.

**Jörg Hofmann,
Erster Vorsitzender
der IG Metall**

Europa ist entsetzt über die Terrorakte in Paris; schockiert über deren Brutalität und Willkür. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und den Verletzten.

Was veranlasst junge Männer, aufgewachsen in Europa, zu solcher Barbarei? Der Terror hat unser Verständnis eines guten Lebens, unsere Grundwerte als Zielscheibe: Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie. Umso mehr gilt: Wir lassen uns nicht in Hass und Menschenfeindlichkeit treiben. Ich finde es zynisch, wenn nun aus den Opfern des Terrors, die zu uns flüchten, potentielle Täter gemacht werden.

Unsere Mitglieder sorgen sich – und diese Sorge nimmt die IG Metall sehr ernst. Das gilt auch für die Fragen, die angesichts der Flüchtlingskrise gestellt werden. Die Befriedung der Krisenherde, mehr Mittel und Unterstützung für Flüchtlinge in den Herkunftsländern, geordnete Verhältnisse an den Außengrenzen der EU, Verpflichtung zur Registrierung, Beschleunigung der Asylverfahren und auch – soweit kein Schutzbedürfnis vorliegt – die Rückführung, sind Teile der Antwort. Aber Europa wird sich nicht abschotten können. Stacheldrähte nach außen sind keine Lösung.

Integration Damit ist eines klar: Wichtig ist, alles zu tun, damit Integration gelingt und dies schnell. Gerade Paris zeigt, was verfehlte Integrationspolitik und Ghettoisierung hervorbringt. Dabei geht es zunächst und zuallererst um Integration durch Ausbildung. Sprachkompetenz und fachliche Qualifikation sind Voraussetzungen für eine nachhaltige qualifizierte Beschäftigung. Wer meint, kurzfristig mit der Senkung des Mindestlohns die Integration auf dem Arbeitsmarkt zu fördern, ist auf dem Holzweg. Billigjobs haben keine Perspektive: weder für Deutsche noch für Migranten oder Flüchtlinge. Gelingt dagegen Integration durch Qualifikation und Arbeit mit Perspektive, ist dies eine Chance für Deutschland und seine Bürger.

Dreckig und tödlich: das Geschäft mit den Schiffswracks

Der Job geht an die Substanz. Shamim, der junge Mann auf dem Bild, und seine Kollegen sind zwar immer auf der Hut. Aber dann passiert es eben doch. Wie neulich, am Strand bei Fauzdarhat im südlichen Bangladesch. Die Männer wollten einen Gastank aus dem Schiff herauschneiden. Plötzlich die Explosion. Stille. Drei Tote.

Unfälle wie diese gibt es fast jede Woche. »Das Verschrotten von Schiffen ist einer der dreckigsten Jobs auf dieser Welt«, sagt Heino Bade, Schiffsbauexperte der IG Metall. Die Arbeiter erleiden oft Brandunfälle und werden mit Asbest, Schwermetallen und Ölrückständen kontaminiert. Kaum einer wird älter als 60 Jahre. Persönliche Schutzausrüstung? Mangelware. Shamim arbeitet barfuß im schlammigen Bereich im und außerhalb des Wracks, wo überall scharfe Blechteile herumliegen.

Das Geschäft lohnt sich. Rund 700 alte Hochseeschiffe werden pro Jahr weltweit verschrottet. Die meisten in Südasiens. Der Umsatz der Branche wird auf 500 000 bis eine Million Euro pro Schiff geschätzt. Shamim und seine Kollegen sehen von dem Geld fast nichts. Sie arbeiten für Hungerlöhne.

Schluss mit der Schinderei. Der weltweite Industriegewerkschaftsverband industriAll und die IG Metall fordern ein stärkeres Engagement für das sichere und umweltfreundliche Abwracken von Schiffen. »Es ist beschämend, dass Deutschland die 2009 von den Vereinten Nationen verabschiedete Hongkong-Konvention für das sichere und umweltfreundliche Abwracken von Schiffen noch nicht ratifiziert hat«, sagte Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste. Bisher haben lediglich Norwegen, Frankreich und Kongo diese Konvention ratifiziert. Mindestens zwölf weitere Länder müssen noch unterschreiben, damit sich langfristig für Shamim und seine Kollegen etwas ändert.

► [industrialunion.org/
campaign-to-clean-up-ship-breaking](http://industrialunion.org/campaign-to-clean-up-ship-breaking)

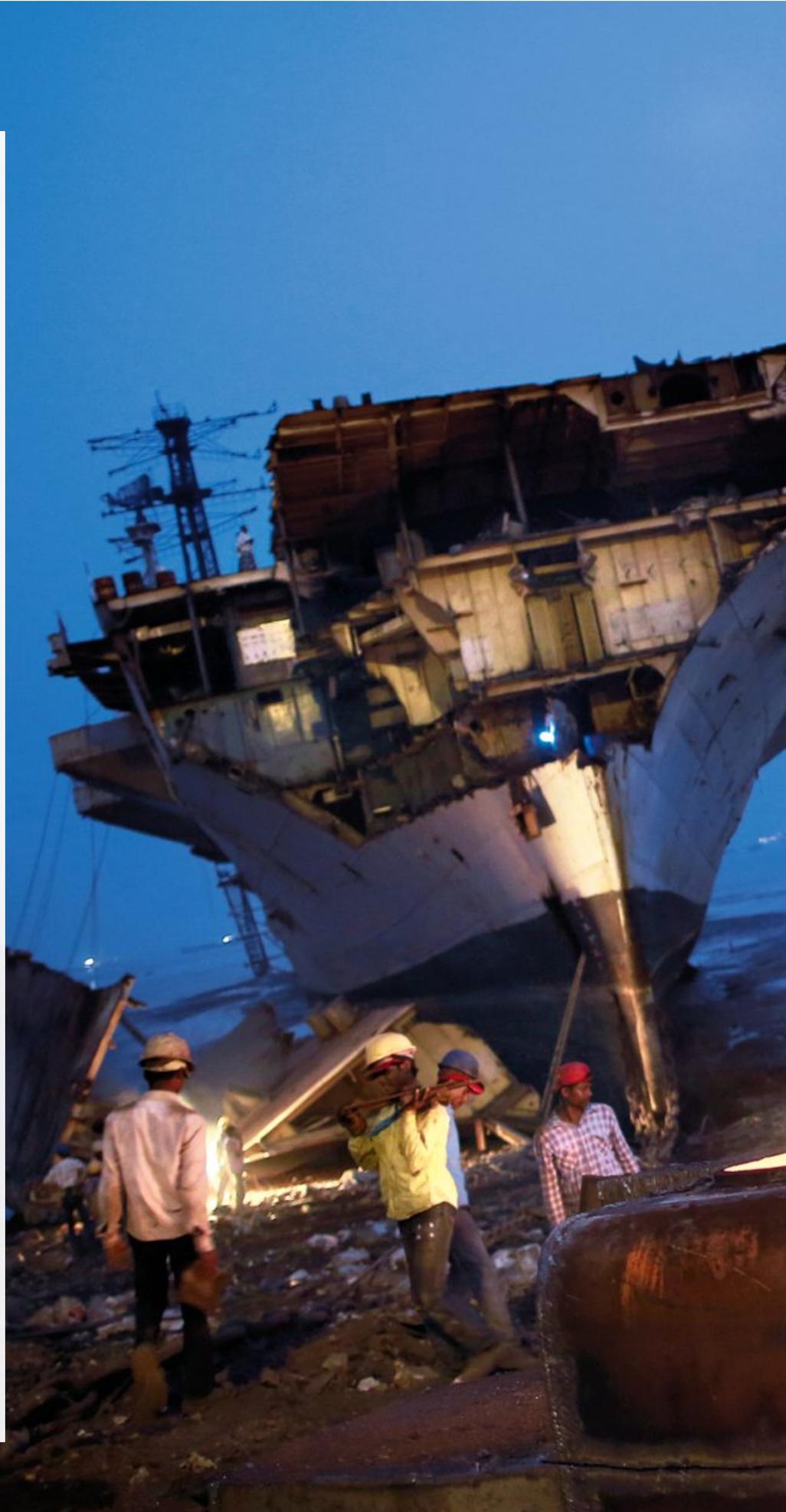




Foto: Danish Siddiqui/Reuters



IT-Gipfel

Experten diskutierten in Berlin über Digitalisierung

Digitalisierung Zum 9. Nationalen IT-Gipfel kamen Mitte November Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und den Gewerkschaften in Berlin zusammen. Im Mittelpunkt des zweitägigen Treffens standen die Themen digitale Transformation und Industrie 4.0, Mobilität, Sicherheit sowie das Arbeiten in der digitalen Welt. Jörg Hofmann diskutierte in Fachforen und Expertenrunden. »Industrie 4.0 ist dann erfolgreich, wenn der Mensch von Anfang an mitgedacht wird«, so der Erste Vorsitzende der IG Metall. »Das setzt eine gemeinsame Gestaltung von Qualifikation, Arbeitszeit und Arbeitsorganisation voraus.«

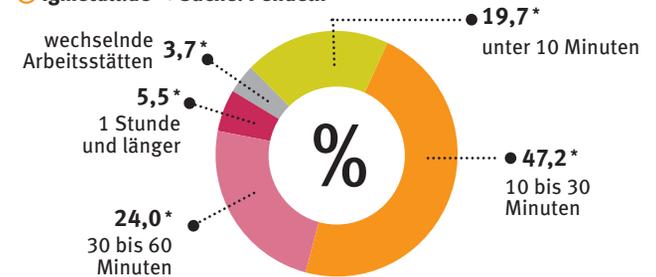
igmetall.de

Pendeln

Es ist oft lästig, weil zeitraubend, aber unvermeidlich: der tägliche Weg zwischen Wohnung und Betrieb.

Weg frisst Zeit Fast 30 Prozent der Vollzeit arbeitenden Berufstätigen brauchen für den Weg zur Arbeit und zurück mehr als 30 Minuten täglich – kostbare Zeit, die an der Freizeit und dem Familienleben knabbert. Die aktuellsten Zahlen sind von 2012. Danach sind 24 Prozent der Erwerbstätigen 30 bis 60 Minuten unterwegs, 5,5 Prozent eine Stunde und länger. Studien zeigen, dass langes Pendeln auf die Gesundheit geht. Dagegen lässt sich vorbeugen. Tipps dazu gibt es auf unserer Website:

igmetall.de → Suche: Pendeln



Stark in Stahl

IG Metall fordert in der Tarifrunde für die Stahlindustrie gutes Geld für gute Arbeit. Bei Redaktionsschluss der metallzeitung dauerten die Verhandlungen noch an.



Der nächste Verhandlungstermin für die nordwestdeutsche Stahlindustrie lag bei Redaktionsschluss bei Ende November. Aktuelles:
igmetall.de
→ Tarif → Eisen- und Stahl

Stahltarifrunde Die schlechte Nachricht: Zwei Tarifverhandlungen der nordwestdeutschen Stahlindustrie verliefen ergebnislos. Und auch in der ostdeutschen Stahlindustrie legten die Arbeitgeber bis zum Redaktionsschluss der metallzeitung am 18. November kein Angebot vor. Die gute Nachricht: Die Arbeitgeber im Nordwesten lehnen bislang keine Forderung der IG Metall kategorisch ab. Aber: Sie wollen ein Paket für alle Punkte – mehr Geld, Altersteilzeit verlängern und Fahrgelderstattung für Azubis. Darum wurde Mitte November während der Tarifverhandlung eine Vereinbarung getroffen: In zwei technischen Kommissionen wollen Arbeitgeber und IG Metall ermitteln, wie teuer die Verlängerung der Altersteilzeit sowie die Erstattung des Fahrgelds zwischen Betrieb und Berufsschule würde. »Wir wollen klare Ansagen, faire Verhandlungen und ein schnelles Ergebnis«, betonte Knut Giesler, IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer in NRW. Olivier Höbel, IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer in Berlin, Brandenburg und Sachsen, sagte: »Unsere Forderung ist angesichts der Leistungen der Belegschaften gerechtfertigt und volkswirtschaftlich vernünftig. Im Wettbewerb um Fachkräfte sind gute tarifliche Einkommen gerade in Ostdeutschland ein wichtiger Trumpf.«

93%

Nur eine Rente

In Ostdeutschland ist für 93 Prozent der Rentnerinnen und 88 Prozent der Rentner die gesetzliche Rente die einzige Einkommensquelle. Im Westen gilt das nur für 65 und 54 Prozent der Ruheständler.

Unerhört

Die Betriebe tun zu wenig für Schwerhörige. Laut Befragung haben nur 29,6 Prozent der Betroffenen behindertengerechte Arbeitsplätze.

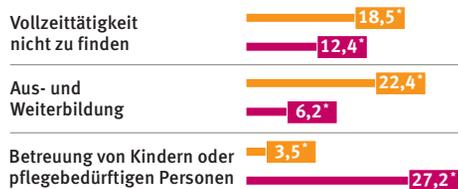
29,6%

79 Millionen

Krank durch Stress

Die Arbeitsunfähigkeitstage wegen psychischer Probleme sind innerhalb eines Jahres um ein Drittel auf 79 Millionen gestiegen, berichtet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Gründe für Teilzeittätigkeit (in Prozent)



*Rest der Befragten: andere Gründe
Quelle: Statistisches Bundesamt, Qualität der Arbeit, 2015.

Kürzer treten für Weiterbildung und Familie

Für Teilzeitarbeit haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterschiedliche Gründe

Nicht immer freiwillig Männer arbeiten oft Teilzeit, weil sie sich weiterbilden wollen oder keine Vollzeitstelle finden. Bei Frauen hat es meist persönliche Gründe. Immerhin arbeiten auch 12,4 Prozent der Frauen nur deswegen kürzer, weil sie keine Vollzeitarbeit gefunden haben. Zu dem Ergebnis kommt ein Bericht des Statistischen Bundesamts mit dem Titel »Qualität der Arbeit 2015«. Ob Frauen in allen anderen Fällen freiwillig Teilzeit arbeiten, bezweifeln die Statistiker. Sie vermuten: Oft liegt es an fehlenden Angeboten für Pflege und Kinderbetreuung.

Solidarität

mit Frankreich, das ist den europäischen Gewerkschaften angesichts des Terrors in Paris besonders wichtig. Nicht Hass und Menschenfeindlichkeit sind gefragt, sondern das Besinnen auf die freien, solidarischen und demokratischen Grundwerte in Europa.

Terror in Frankreich Die IG Metall sowie alle Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) sind entsetzt und erschüttert über die furchtbaren Attentate in Paris. Von Norden bis Süden, von Ost nach West: »Wir trauern mit Frankreich, mit Europa um die Opfer und sprechen ihren Angehörigen unser tiefstes Mitgefühl aus. Diese Anschläge richten sich nicht gegen Frankreich, sie richten sich gegen alle friedliebenden Menschen, gegen Menschenwürde, gegenseitigen Respekt und Toleranz«, heißt es in einer Erklärung. Die Attentäter dürfen und werden keinen Erfolg haben: »Wir lassen uns nicht in den Hass und in die Menschenfeindlichkeit treiben, wir bestehen auf unseren freien, solidarischen und demokratischen Grundwerten«, erklärt Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Ängste ernst nehmen In vielen Betrieben organisierten Vertrauensleute und Betriebsräte nach den Attentaten Schweigeminuten. Spontan riefen Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kirchen und Wohlfahrtsverbände zu Schweigemärschen und Kundgebungen auf wie beispielsweise auf dem Hamburger Domplatz. Tausende Menschen kamen. Für sie alle steht fest: Sie stellen sich vereint dem Terror



Foto[M]: Jean Jullien

Solidarität mit Paris ist vielen Menschen sehr wichtig. Die IG Metall nimmt die Ängste ihrer Mitglieder vor neuen Terroranschlägen ernst. Sie warnt aber davor, aus den Opfern des Terrors, den Flüchtlingen, Täter zu machen.

entgegen und wollen Freiheit sowie Demokratie verteidigen. »Unsere Mitglieder sind entsetzt über Brutalität und Willkür des Terrors. Und wir nehmen diese Ängste vor steigender Terrorgefahr in Europa sowie ihren Anspruch auf Sicherheit sehr ernst«, betont der Erste Vorsitzende der IG Metall. Hofmann warnt davor, aus den Opfern des Terrors, die nach Europa flüchten, potenzielle Täter zu machen.

Integration Das beste Mittel, um Fremdenhass entgegenzutreten, ist es, den Menschen Gelegenheit zu geben, dass sie zusammen kommen, zusammen leben und zusammen arbeiten. Dafür hat die IG Metall 500 000 Euro in die Hand genommen, um Flüchtlingshilfe wie Sprachkurse, Spendenkartons oder Fußballturniere zu organisieren. Die IG Metall sowie ihre rund 50 000 Vertrauensleute und rund 75 000 Betriebsräte werden sich einsetzen, damit Integration in den Kommunen aber vor allem auch in den Betrieben gelingt.

Mehr darüber, was die IG Metall konkret tut, wie sie konkret handelt, um bei der Integration zu helfen:

► igmetall.de/metallerintegration

VW Salzgitter gewinnt Betriebsrätepreis

Sonderpreise an Varta Ellwangen und Bosch Rexroth Schweinfurt

Gute Betriebsratsarbeit Der Betriebsrat von VW Salzgitter hat den Betriebsrätepreis in Gold gewonnen. Er setzte eine ergonomische Montagelinie durch, mit dreh- und höhenverstellbaren Werkstückträgern, an der auch beeinträchtigte Beschäftigte gesund bis zur Rente arbeiten können. Die »Ergonomie-Linie« haben Beschäftigte verschiedener Arbeitsbereiche über zweieinhalb Jahre mitgestaltet.

Die Jury zeichnete zwei weitere IG Metall-Betriebe mit Sonderpreisen aus: Der Betriebsrat von Bosch Rexroth in Schweinfurt setzte eine neue Vertriebsstruktur gemeinsam mit den Beschäftigten durch. Dadurch konnte er den Auftragseingang steigern und tarifliche Arbeitsplätze langfristig sichern. Der Betriebsrat von Varta in Ellwangen schließlich schaffte Leiharbeit komplett ab und entfristete befristete Verträge. Mehr Informationen:

► deutscher-betriebsraetetag.de



Foto: Bund-Verlag GmbH

Große Freude: Der Betriebsrat von VW Salzgitter hat den Preis in Gold gewonnen.

IG Metall fordert fünf Prozent

Fünf Prozent mehr Geld und Tarifverträge zur Altersteilzeit fordert die IG Metall für die 90000 Beschäftigten in der Holz- und Kunststoffbranche. Die Forderung beschloss der Vorstand Anfang November und folgte dem Votum der Tarifkommissionen. Die Verhandlungen starten Mitte Dezember. In einigen Tarifgebieten gibt es keine Friedenspflicht. Sie können ab 1. Januar mit Warnstreiks starten.

► holz-tarifrunde.de

Werkverträge oft illegal

In 45 Prozent der Werkvertragsfirmen erteilen Führungskräfte des Auftraggebers direkte Anweisungen. Das zeigt eine Studie der Hans-Böckler-Studie. Eine solche Einnischung ist eigentlich illegal. Der neue Gesetzentwurf gegen Missbrauch von Werkverträgen (siehe Seite 9) will solche Scheinwerkverträge angehen und nach Prüfung in Festanstellung umwandeln.

► boeckler.de → **Suche: Grauzone Werkvertrag**

Mehr Geld im Südwesten

Die rund 40000 Beschäftigten und die Auszubildenden im Metallbau und der Feinwerktechnik in Baden-Württemberg erhalten ab Januar 3,1 Prozent mehr Geld. Ab Januar 2017 gibt es weitere 2,4 Prozent. Der Tarifvertrag läuft bis Ende Oktober 2017. Das letzte Mal wurden die Entgelte im Januar dieses Jahres erhöht: um 2,3 Prozent:

► bw.igm.de → **Meldungen**

Was ist eigentlich ein ...

... Algorithmus?

»Fressen Algorithmen die Arbeitswelt leer?«, fragt ein Blogger auf Facebook. Verdrängen sie Arbeiter in der Produktion, Büroangestellte und sogar Manager?

Algorithmen sind allgegenwärtig: beim Kreditkartencheck am Geldautomaten zum Beispiel, beim Onlineeinkauf, Surfen im Internet, Aktienhandel, beim Ausspähen durch Geheimdienste wie dem NSA – und eben auch in Betrieben.

Viele Schritte Das Wort Algorithmus gibt es seit dem Mittelalter. Es meint eigentlich einfach nur eine Handlungsanleitung. Dabei wird die Handlung in vielen Einzelschritten beschrieben. Ein Algorithmus für Filterkaffee-Kochen (von Hand) wäre: Filterpapier in Filter stecken, Kaffee in Filter füllen, Filter auf Kanne stellen, Wasser kochen, Wasser in Filter gießen. Die Anweisungen können so weit in weitere Teilalgorithmen zerlegt werden, bis jeder Mensch (oder eine Maschine) sie direkt versteht und ausführen kann. »Wasser kochen« lässt sich etwa aufgliedern in: Wasserhahn aufdrehen, Wasser in Wasserkocher füllen, Wasserkocher einschalten.

Die Schritte können in menschlicher Sprache, Programmiersprache oder mathematischen Formeln ausgedrückt werden.

Die Vorstellung, dass Algorithmen Arbeitsplätze »fressen« könnten, entsteht dadurch, dass das Wort in den Medien oft benutzt wird, wenn in Wirklichkeit computergesteuerte Prozesse, Automatisierung und Digitalisierung gemeint sind. Computerprogramme basieren auf Algorithmen. Um ein Problem mithilfe eines Computers zu lösen, muss die Aufgabe in eine systematische und logische Folge einzelner Befehle zerlegt werden: in eine Handlungsanleitung oder ein Programm. Da Computer nicht selber denken, sondern nur Befehle ausführen können, muss ihnen jeder Schritt vorgekauft werden. Das leisten Algorithmen.

Mithilfe von Algorithmen lassen sich große Datenmengen auswerten: Sie durchsuchen und sortieren diese gezielt nach bestimmten Kriterien, erkennen Beziehungen zwischen verschiedenen Merkmalen und können Daten so miteinander vergleichen. In Unternehmen werten sie zum Beispiel Produktionsdaten aus, um Produktionsprozesse besser zu steuern und zu optimieren und dadurch Produktionskosten und -zeiten zu verringern. Oder sie werden für Marktanalysen genutzt, um Trends besser ermitteln zu können. Algorithmen werden in Zukunft auch selbst fahrende Autos steuern.

Die Suchmaschinen von Google, Amazon, Ebay oder Facebook und auf Smartphones und Tablets basieren ebenfalls auf Algorithmen. Weil mit ihrer Hilfe schnell große Mengen an Daten verglichen werden können, erfährt Amazon, wer Groschenromane liest und wer an wissenschaftlicher Fachliteratur interessiert ist, und kann gezielt weitere Produkte empfehlen: »Kunden, die diesen Artikel gekauft haben, kauften auch ...«

Spuren lesen Wissenschaftler versuchen schon, die Zukunft aus Daten zu lesen und Algorithmen zum Beispiel einzusetzen, um Käuferverhalten vorherzusagen. Oder um Kriminalität vorzubeugen. Es wurden schon unschuldige Menschen verdächtigt, weil sie über bestimmte Kriminalitätsmerkmale verfügten.

Beim Surfen im Internet oder bei Onlinebestellungen wird jedem bewusst, dass er viele Spuren im Netz hinterlässt. Niemand überblickt, wer Daten über ihn besitzt, wer sie gebraucht oder auch missbraucht. Doch es sind nicht die Algorithmen selbst, die bedrohlich sein können. Hinter jedem Algorithmus stehen Menschen, die sie geschrieben haben und damit bestimmte Absichten verfolgen. Algorithmen fressen nicht die Arbeitswelt leer.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Jetzt neue Mitglieder werben

Immer mehr Beschäftigte teilen die Ziele, Werte und Anliegen der IG Metall. Doch erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit ist Teamleistung. Je stärker das Team desto mehr Erfolge kann die IG Metall für ihre Mitglieder durchsetzen.

Deshalb bist Du gefragt: Spräche Deine Kolleginnen und Kollegen an und begeistere sie für die IG Metall. Dein Engagement will die IG Metall anerkennen und

wertschätzen. Deshalb bedankt sie sich bei allen Werberinnen und Werbern noch bis 31. Dezember 2015 für jedes neue Mitglied, das der IG Metall beiträgt mit einem Prämiegutschein Deiner Wahl.

Alle Informationen rund um die Werbeaktion 2015 sowie nützliche Tipps und gute Gründe für eine Mitgliedschaft findest Du auf dieser Internetseite:

► teamverstaerken.de



Gesetzesentwurf mit Mängeln

Leiharbeit und Werkverträge Der Gesetzesentwurf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen ist endlich da. Aus Sicht der IG Metall ist der Entwurf jedoch nicht ausreichend.



Foto und Illustration/MJ: arstudio pro.molchunysa/bede; panthermedia.net

Das Bundesarbeitsministerium hat den lang erwarteten Gesetzesentwurf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen vorgelegt. Er sieht unter anderem eine Begrenzung der Leiharbeit auf 18 Monate vor sowie eine schärfere Prüfung von Arbeitsverhältnissen bei Werkverträgen. Der Gesetzesentwurf soll Anfang nächsten Jahres in den Bundestag gehen und dort dann als Gesetz beschlossen werden.

Für die IG Metall ist der Gesetzesentwurf nicht ausreichend. »Insbesondere die Vorschläge gegen den Missbrauch von Werkverträgen sind halbherzig und völlig unzureichend, um Lohndumpingstrategien entgegenzutreten«, kritisiert der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann.

Vor allem würden die Mitbestim-

Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen spaltet Belegschaften immer mehr auf. Das neue Gesetz soll diesen Missbrauch stoppen.

mungsrechte für Betriebsräte nur unzureichend erweitert. Der Gesetzesentwurf sieht lediglich vor, dass Unternehmen sie über Werkverträge informieren müssen. Mitbestimmen dürfen Betriebsräte jedoch nicht.

Werkverträge auf den Prüfstand Positiv aus Hofmanns Sicht ist an dem Gesetzesentwurf, dass das Umdeklariieren von Werkvertragsbeschäftigten zu Leiharbeitern im laufenden Einsatz erschwert wird. Bislang ist die Gesetzeslage hier lasch: Obwohl Werkverträge eigentlich für Spezialaufträge gedacht sind, gliedern Unternehmen zu-

nehmend auch normale, regelmäßig anfallende Arbeit per Werkvertrag an Fremdfirmen aus. Für den Fall, dass ein solcher Scheinwerkvertrag auffliegt, halten die Fremdfirmen eine Verleiherlaubnis vor, auf die sie sich dann berufen.

Der Gesetzesentwurf sieht hier schärfere Regeln vor. An acht Kriterien soll geprüft werden, ob tatsächlich feste Arbeitsverhältnisse beim Stammbetrieb vorliegen. Die Arbeitgeber sind damit überhaupt nicht einverstanden.

Positiv sieht die IG Metall, dass die durch die Rechtsprechung entwickelten Kriterien zur Abgrenzung von Werkverträgen und Soloselbstständigkeit in das Gesetz aufgenommen werden sollen.

Leiharbeit maximal 18 Monate Bei der Leiharbeit soll die Verleihdauer auf 18 Monate begrenzt werden. Nach neun Monaten soll der gleiche Lohn wie für die Stammbeslegschaft gelten (Equal Pay). Allerdings setzt der Gesetzesentwurf keine Grenze gegen die dauerhafte Besetzung von Arbeitsplätzen durch Leiharbeiter, kritisiert Hofmann. »Die Festlegung von Höchstüberlassungsdauern regelt allenfalls den Wanderzirkus, den Leiharbeiter von Entleiher zu Entleiher erleiden müssen. Sie regelt weder deren Wunsch auf Übernahme in den Entleihbetrieb noch den Missbrauch von Leiharbeit, wenn Arbeitsplätze dauerhaft mit Leiharbeitern besetzt werden.«

Immerhin ermöglicht der Gesetzesentwurf abweichende Regelungen in Tarifverträgen. Dadurch kann die IG Metall ihre erreichten tariflichen Regelungen fortführen: die Übernahme der Leiharbeiter im Stammbetrieb sowie Branchenzuschläge mit schrittweiser Heranführung an die Tariflöhne der Branche des Stammbetriebs.

»Das Gesetz alleine würde nur den Drehtüreffekt verstärken, Leiharbeiter vor dem neunten Monat abzumelden«, erklärt Hofmann. »Die Tariföffnung ermöglicht die Fortführung bestehender Branchenzuschlagstarifverträge und verlangt im Rahmen dieser Verträge, bis zum zwölften Monat ein Entgelt zu erreichen, das einem vergleichbaren Tarifentgelt in der Einsatzbranche entspricht.«



Mehr Wissen

Detaillierte Informationen zum neuen Gesetzesentwurf, zur Position der IG Metall sowie zur Kampagne »Werkverträge. Gegen Missbrauch. Für faire Arbeit und Mitbestimmung« findet Ihr hier:

☛ **fokus-**
werkvertraege.de

Die Regierungen müssen **mehr** tun

Sollte die Regierung für die Verminderung von Umweltverschmutzung, die zum Klimawandel führt, mehr, genauso viel wie derzeit oder weniger tun? In vielen Ländern antworteten die meisten Menschen mit einem eindeutigen: »Ja, sie muss mehr tun.« (in Prozent)

- Mehr tun
- genauso viel wie derzeit
- weniger

Quelle: Weltweite Umfrage des IGB 2014, ituc-csi.org



Klima und Beschäftigte schützen

Klimaschutz In der ersten Dezemberwoche treffen sich Staats- und Regierungschefs, um ein neues Klimaabkommen für die Weltgemeinschaft zu verhandeln. Nichtregierungsorganisationen sind in Paris dabei – auch die IG Metall.

Zwei Grad heißt die magische Grenze. Wenn sich die durchschnittliche Temperatur auf der Erde im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um mehr als zwei Grad erhöht, sind die Folgen für das Ökosystem Erde nach Einschätzung von Klimaexperten unkalkulierbar. Um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, legten die Mitglieder der Klimakonferenz 1997 in Kyoto erstmals fest, ihren Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂) um im Schnitt 5,2 Prozent zu senken. Im Kyoto-Protokoll verpflichteten sich die Länder je nach Entwicklung, mehr oder weniger CO₂ einzusparen. Deutschland setzte sich selbst das Ziel, CO₂-Emissionen um 21 Prozent zu senken. Die Vereinbarung galt als Durchbruch. Doch es blieben Hürden. So trat die USA, die zu den größten CO₂-Emittenten gehört, dem Abkommen nicht bei.

2012 wurde das Kyoto-Protokoll bis 2020 verlängert. In Paris will die Staatengemeinschaft einen Nachfolgevertrag aushandeln. Auch Nichtregierungsorganisationen werden wieder dabei sein. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, erklärt, warum sich die IG Metall für Klimaschutz einsetzt.

Warum macht die IG Metall beim Klimagipfel in Paris mit?

Wolfgang Lemb: Weil viele Mitglieder den Klimawandel ernst nehmen und erwarten, dass wir uns einmischen, auch wenn wir keine Umweltorganisation sind.

Welche Rolle muss die IG Metall aus Sicht der Beschäftigten spielen?

Lemb: Als IG Metall müssen wir klimapolitische Ziele strukturpolitisch bewerten. Wir müssen schauen, was es für unsere Kolleginnen und Kollegen bedeutet, wenn wir das Zwei-Grad-Ziel erreichen wollen. Viele Beschäftigte sind bereit, etwas für den Klimaschutz zu tun. Aber sie erwarten, dass sie unterstützt werden, wenn es um ihre Arbeitsplätze geht.

Was heißt Unterstützung?

Lemb: Nehmen wir das Beispiel Kohlestrom. Perspektivisch wird die Kohleerzeugung keine Zukunft haben. Aber wir brauchen einen Fahrplan, wie wir die Energieversorgung sicherstellen, und wie es für die betroffenen Beschäftigten weitergeht.

Gewerkschaften fordern verbindliche und ambitionierte Ziele, um das Klima zu schützen. Was heißt verbindlich und ambitioniert?

Lemb: Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel erreichen wollen, müssen wir die Ziele in internationalen Abkommen so beschreiben, dass sie auch umgesetzt werden. Etwa festlegen, wie wir in Energieeffizienz und emissionsarme Produktion investieren. Wir müssen über unsere Verantwortung als Industrieländer gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern nicht nur reden, wir müssen auch bereit sein, dafür Geld in die Hand zu nehmen.

2010 vereinbarte die Weltgemeinschaft, bis 2020 einen Fonds mit 100 Milliarden Euro für die ärmeren Länder anzulegen. Was ist daraus geworden?

Lemb: Er wurde vereinbart, aber nie etwas eingezahlt. Die Staaten müssen in Paris einen Weg festlegen, damit am Ende tatsächlich 100 Milliarden Euro im Topf sind.

Der CO₂-Ausstoß steigt vor allem in Schwellenländern wie China. Ist weniger CO₂-Ausstoß überhaupt möglich, wenn diese Ländern sich industriell entwickeln wollen?

Lemb: Wachstum muss nicht automatisch mehr CO₂-Ausstoß heißen. Natürlich gibt es in vielen Regionen der Welt einen Nachholbedarf bei der industriellen Entwicklung. Aber sie müssen dabei ja nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

Muss nicht irgendwer verzichten, wenn wir weniger CO₂ ausstoßen wollen?

Lemb: Nicht unbedingt. Ich sehe auch eine Menge Chancen im Klimaschutz. Schon heute arbeiten rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland nur im Bereich der Energieeffizienz. Das sind Kolleginnen und Kollegen, die dafür arbeiten, bei Produkten oder in der Herstellung Energie einzusparen. Wir brauchen aber noch mehr Ideen, etwa für einen emissionsfreien Verkehr oder alternative Energien und wie wir sie speichern.

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Foto: Felix Kindermann

» Ich sehe eine Menge Chancen im Klimaschutz. Schon heute arbeiten rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland im Bereich Energieeffizienz. «

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Wichtigen Themen auf den Grund gehen statt im Mainstream mitzuschwimmen

Otto Brenner Stiftung vergab zum elften Mal Preise an mutige und engagierte Journalisten

Die Taliban wieder auf dem Vormarsch, Milliarden Entwicklungsgelder in dunklen Kanälen versickert: Für seinen Film »Das 13. Jahr – Der verlorene Krieg in Afghanistan«, der im März in der ARD zu sehen war, hat sich Ashwin Raman unter Lebensgefahr tief in die Konfliktgebiete gewagt. Für seine Reportage erhielt der 69-jährige Dokumentarfilmer am 17. November den Otto Brenner Preis.

Zum elften Mal vergab die Otto Brenner Stiftung (OBS) ihre angesehenen Preise für kritischen und engagierten Journalismus. Sie stehen unter dem Motto »Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«.

Der 1. Preis für Ashwin Raman ist mit 10000 Euro dotiert.

Der 2. Preis mit 5000 Euro ging an eine Lokalredakteurin der »Heidenheimer Zeitung«. Silja Kummer beschrieb in einer Artikelserie, wie drei Städte ihre Kanalisation an einen US-Investor verkauften und sich damit unkontrollierbaren finanziellen Risiken aussetzten. Mit dem 3. Preis zeichnete die Jury ein Autorenteam aus, das für den WDR und SWR die Reportage »Der verkaufte Fußball – Sepp Blatter und die Macht der FIFA« gedreht hatte.

Außerdem vergab die Jury einen Spezialpreis und einen Newcomerpreis an einen Filmemacher und

eine Journalistin, die die EU-Politik gegenüber Griechenland kritisch beleuchtet haben. Drei Journalisten bekamen Recherchestipendien. Die OBS fördert auch innovative Medienprojekte. Dieses Mal zeichnete sie das Onlineportal Hochschulwatch aus, das den Einfluss der Wirtschaft auf die Forschung aufzeigt.

Ziel des Otto Brenner Preises ist es, Journalistinnen und Journalisten Mut zu machen, Themen anzupacken, die gesellschaftlich wichtig sind, aber in den Medien nicht ausreichend behandelt werden, unbequeme Fragen zu stellen und Missstände aufzudecken.

▶ otto-brenner-preis.de

Warnstreik bei VW-Dienstleister CEVA

Mitte November hat die Belegschaft des VW-Kontraktlogistikers CEVA Logistics in Wolfsburg für eine Stunde die Arbeit niedergelegt. Sie fordert einen Tarifvertrag. Dazu hat sie im Sommer eine IG Metall-Tarifkommission gewählt und seither mehrfach mit der Geschäftsleitung verhandelt – ohne Ergebnis. CEVA hat einen Werkvertrag mit VW. Die 450 CEVA-Beschäftigten verteilen Teile im VW-Werk und montieren sie vor, für etwas über zehn Euro die Stunde. Ein Streik würde das VW-Werk rasch lahmlegen, macht der Bevollmächtigte der IG Metall Wolfsburg, Hartwig Erb, klar. Andere VW-Kontraktlogistiker folgen nun dem Beispiel CEVA: Auch bei Hansmann Logistik haben Ende November Tarifverhandlungen begonnen.

Anzeige

Die neue Familienpflegezeit.

Informieren Sie Ihre Beschäftigten über die neuen Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Beschäftigte mit Pflegeaufgaben bleiben so dem Unternehmen mit ihrem Erfahrungswissen erhalten.

Akuter Pflegefall

Bis zu 10 Arbeitstage Auszeit mit Pflegeunterstützungsgeld durch die Pflegekasse



Pflegezeit

Bis zu 6 Monate vollständige oder teilweise Freistellung mit zinslosem Darlehen durch das BAFzA*



Familienpflegezeit

Bis zu 24 Monate teilweise Freistellung mit zinslosem Darlehen durch das BAFzA*



Ob Pflegezeit oder Familienpflegezeit in Anspruch genommen werden können, hängt von der Größe Ihres Unternehmens ab.

*Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben





In der Batteriefertigung in Braunschweig werden die Batteriezellen verkabelt und mit einer Software verbunden (großes Bild), um dann Autos wie den e-Up (kleines Bild) anzutreiben.

**ELEKTROAUTO**

Warum wir die **Zelle** brauchen

Batterieproduktion in Deutschland Die Zelle bestimmt, wie weit die Ladung einer Batterie reicht und wie lange sie lebt. Wer dieses Wissen besitzt, könnte den Schlüssel zur Zukunft alternativer Antriebe in der Hand halten. Autohersteller vernachlässigten es bislang. Doch nun beginnt ein Umdenken.

Von Fabienne Melzer

Da steckt also eine Batteriezelle drin, in dem metallisch grünen Kästchen, etwa doppelt so groß wie eine Zigarettenschachtel. In der Fertigung bei Volkswagen in Braunschweig kommen sie in Zwölferpackchen an. Fachleute verkabeln die Zellmodule und verbinden sie mit dem Steuerungsprogramm. Die Software hat VW in Braunschweig entwickelt. Sie steuert die einzelnen Zellen an und lässt die Batterie mit dem Motor kommunizieren.

Auf die firmeneigene Software ist Werner Meyer stolz: »Da steckt eine Menge Intelligenz drin«, sagt der Leiter der Batteriefertigung. Sie sorgt dafür, dass die Batterie möglichst viele Kilometer mit einer Ladung schafft und möglichst lange lebt. Doch ein limitierender Faktor bleibt: die Batteriezelle. An ihr können die Entwickler in Braunschweig nicht drehen. Sie kommt vor allem aus Japan, Südkorea und China. Diese Länder können

mit ihrer Produktion fast den gesamten Bedarf an Batteriezellen decken und sie verfügen dabei über einen technischen Vorsprung. Denn mit der Unterhaltungselektronik wanderte das Wissen über die Fertigung von Batteriezellen nach Asien ab. Während Deutschland auf diesem Gebiet in einen Dornröschenschlaf fiel, entwickelte sich die Technik dort munter weiter.

Schlüsseltechnologie In Deutschland läuft die letzte Batteriezellenfertigung Ende des Jahres aus. Daimler hat im Februar angekündigt, die Produktion bei seiner Firma Li-Tec in Kamenz einzustellen – nicht konkurrenzfähig. Auch Kooperationen wie die zwischen Bosch und Samsung scheiterten. Wenn in Kamenz die letzte Batteriezelle das Werk verlässt, ist die Produktion in Deutschland Geschichte. So scheint es im Moment. Damit gäben die Autohersteller eine Schlüsseltechnologie aus der Hand – und das wäre fatal.

Für Holger Manz, Leiter Entwicklung Fahrwerk und Batteriesysteme in Braunschweig, ist die Zelle der Schlüssel zu zweierlei: zur Reichweite der Fahrzeuge und zu den Kosten. »Der Kostenanteil der Zellen am Batteriesystem ist der größte Batzen«, sagt Manz. »Er ist einer der Stellhebel, um die Kosten für das gesamte Elektroauto zu beeinflussen.« Und damit auch den Anschaffungspreis. Eine weitere Herausforderung: Eine Ladung reicht zurzeit etwa 200 Kilometer weit. »Die Reichweite hängt von der Zelle ab und davon wie gut sie im Fahrzeug verschaltet ist«, sagt Manz. »Deshalb ist das Wissen über den Aufbau und das Verhalten der Zelle für Volkswagen sehr wichtig.«

Die Batterie macht fast 40 Prozent der Wertschöpfung am Elektrofahrzeug aus. Anders als deutsche Hersteller geht der amerikanische Elektroautobauer Tesla einen anderen Weg. Er investiert Milliarden und baut eine eigene Zellproduktion in den USA auf. Auf der anderen Seite des Globus in Fernost machen sich die Zellhersteller auf den Weg, nicht nur Zellen, sondern ganze Batterien zu bauen. Viel bliebe vom Elektroauto für Autobauer nicht mehr übrig.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, warnt daher davor, noch lange abzuwarten. »Wenn die Fahrzeugindustrie nicht das Schicksal der Unterhaltungselektronik erleiden soll, muss jetzt gehandelt werden.« Deutschland brauche eine Batterieindustrie, wenn die ge-

samte Wertschöpfung des Automobils in Deutschland bleiben soll. Von dieser Entscheidung hängt für Uwe Fritsch, Betriebsratsvorsitzender bei VW in Braunschweig, eine Menge ab. »Nur mit technologischem Weitblick können wir die Beschäftigung bei uns sichern.« Fritsch hat sich immer für die Batteriefertigung in Braunschweig eingesetzt. »Kaum einer hätte gedacht, dass wir in so kurzer Zeit so viel Know-how aufbauen können. Jetzt müssen wir diesen Weg weitergehen, um den Anschluss an den internationalen Wettbewerb nicht zu verlieren.«

Bernd Osterloh, VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzender, fordert eine zeitnahe Entscheidung der Hersteller. »Nur mit Blech verbiegen können wir kein Geld mehr verdienen«, sagt Osterloh. Aber er weiß auch: »Für zurzeit 50 000 Autos lohnt sich eine solche Investition nicht.« Eine Chance sieht er bei der nächsten, leistungsstärkeren Batteriegeneration. Sie verspricht mehr Reichweite und könnten die Nachfrage nach elektrischen Antrieben beleben.

Wenn die Nachfrage steigt, könnten Überkapazitäten schwinden und die derzeit niedrigen Preise steigen. Eine eigene Zellfertigung ließe sich dann aber nicht von heute auf morgen aus dem Boden stampfen. Alfred Löckle, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Bosch: »Zu glauben, man könne den Markt aufrollen, wenn der Boom kommt, wird nicht funktionieren.« Allein der Aufbau einer Produktion dauert Jahre.

Wenn das ein Autohersteller zurzeit nicht schafft, dann vielleicht mehrere gemeinsam. Einige Autobetriebsräte sprachen sich deshalb Ende Oktober für eine konzertierte Aktion von VW, BMW und Daimler aus, gemeinsam in eine Zellfertigung zu investieren.

Die Erkenntnis kommt offenbar auch bei den Herstellern an. VW-Markenchef Herbert Diess forderte laut Nachrichtenagentur dpa angesichts des Rückstands der deutschen Autoindustrie bei der Batterietechnologie ein Umdenken und sprach sich für eine eigene Zellfertigung in Deutschland aus. Für die Investition in eine eigene Zellfertigung brauche es allerdings eine konzertierte Aktion. Thomas Schmall, Markenvorstand für den Bereich Komponenten, spricht sich deshalb auch für eine Kooperation der Autohersteller aus. »Die Zelle bestimmt die Leistungsfähigkeit unserer Autos«, sagt Schmall. »Deshalb müssen wir uns in den nächsten fünf Jahren mit einer eigenen Produktion unabhängig machen.«

Diess hatte zuvor bereits angekündigt, die Entwicklung von Elektroautos voranzutreiben und 20 neue Modelle bis 2020 auf den Markt zu bringen.

Bislang setzte die Autoindustrie auf den Diesel als Übergangstechnologie, um die CO₂-Grenzwerte der Europäischen Union einzuhalten. Noch ist nicht absehbar, wie sich die bekannt gewordenen Manipulationen an der Software auf den Absatz und die Zukunft der Dieseltechnologie auswirken. Wollen Hersteller schneller von der Technik weg, müssen sie elektrische Antriebe fördern. Die CO₂-Grenzwerte sollen nach 2020 weiter sinken. Ohne einen höheren Anteil an elektrischen Fahrzeugen können die Hersteller das nicht erreichen.

Ziel verfehlt Ob Zellen künftig selbst gefertigt werden können, hängt stark von den Stückzahlen ab, und die sind im Moment gering. Bis 2020 sollten eine Million Elektroautos durch Deutschland fahren. Von dem Ziel ist die Bundesregierung weit entfernt. Anfang des Jahres gab es knapp 19 000 Elektroautos und etwa 107 000 Hybridfahrzeuge. Damit hat sich ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr zwar mehr als verdoppelt, aber auf sehr niedrigem Niveau: 2014 betrug der Anteil am Fahrzeugbestand gerade mal 0,02 Prozent. Der von Hybridfahrzeugen lag bei 0,15 Prozent. IG Metall-Vorsitzender Hofmann nennt es beschämend, wie die Bundesregierung mit ihrem selbst gesteckten Ziel umgeht. Er forderte die Regierung auf, bei der Förderung alternativer Antriebe und der Batterietechnologie nachzuziehen.

Die Bundeskanzlerin hatte im Juni bei der Nationalen Konferenz Elektromobilität weitere Förderung angekündigt. Laut Nachrichtenmagazin Spiegel plant die Regierung nun, den Kauf von elektrischen Fahrzeugen zu bezuschussen. Bezahlen sollen das alle Autofahrer über einen zusätzlichen Cent bei der Mineralölsteuer. Geplant seien außerdem mehr Ladestationen und eine Quote von 30 Prozent Elektroautos bei Neukäufen der öffentlichen Hand ab 2019. Welche Förderung sinnvoll ist und tatsächlich mehr Elektrofahrzeuge auf die Straße bringt, muss aus Sicht der IG Metall aber noch diskutiert werden.

Zurück nach Braunschweig, wo die Zukunft begonnen hat: In der Batteriefertigung rollen die fertig verkabelten Batterien mit einer silbernen Hülle verschlossen automatisch zur Teststation. Sie werden auf Herz und Nieren geprüft und bekommen schließlich die volle Ladung. Klimafreundlicher als Diesel und Benziner ist das Elektroauto nur, wenn es mit erneuerbarem Strom aufgeladen wird. In Braunschweig werden sie mit Sonnenenergie betankt – direkt aus den Solarzellen auf dem Dach der Werkshalle.

» Die Zelle bestimmt die Leistungsfähigkeit unserer Autos. Deshalb müssen wir uns in den nächsten fünf Jahren mit einer eigenen Produktion unabhängig machen. «

Thomas Schmall, Markenvorstand für den Bereich Komponenten bei Volkswagen

Mobile Antriebe im Überblick

Was Elektroauto, Hybrid, Plug-in-Hybrid und Brennstoffzelle unterscheidet und was sie können

Elektro- auto

Der Klassiker Der elektrische Antrieb ist so alt wie das Auto. Er stand am Beginn des Automobilzeitalters und wurde erst später, als immer mehr Ölquellen erschlossen wurden, vom Verbrennungsmotor verdrängt. Ein modernes Elektroauto wird von einer Lithium-Ionen-Batterie und einem Elektromotor angetrieben. Die Energie wird aus der Batterie mittels eines Reglers auf den Motor übertragen. Der Motor arbeitet mit elektrisch geladenen Magneten, die sich abstoßen und anziehen. Die Batterie muss an Ladestationen geladen werden.

- ⊕ Der Elektroantrieb gilt als umweltfreundliche Alternative, da er keinerlei Emissionen verursacht. Jedenfalls nicht im Straßenverkehr. Klimafreundlich ist das Elektroauto nur, wenn es mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen aufgeladen wird.
- ⊖ Der Elektroantrieb leidet heute noch unter dem Nachteil, mit dem er schon einmal das Rennen gegen Diesel und Benziner verlor: die Reichweite der Batterie. Sie ist deutlich geringer als die eines vollen Tanks und das Aufladen dauert je nach Ladevorgang mehrere Stunden.



Hybrid

Das doppelte Lottchen Hybrid heißt gemischt und das gilt auch für ein Hybridfahrzeug: Es mischt zwei Antriebsarten. In der Regel wird es von einem Elektro- und einem Verbrennungsmotor angetrieben. Die Batterie lädt sich im Fahrbetrieb auf, etwa indem sie Bremsenergie speichert. Das Fahrzeug kann nicht an der Steckdose geladen werden. Das Auto kann bei langsamen Fahrten und geringer Leistung elektrisch angetrieben werden. Wird mehr Leistung gebraucht, etwa bei höheren Geschwindigkeiten, läuft es über den Verbrennungsmotor.

- ⊕ Die Rückgewinnung der Energie durch Stromerzeugung während der Fahrt, vor allem im Stadtverkehr, senkt den Verbrauch und reduziert damit auch den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids. Gleichzeitig hat der Hybrid aufgrund seiner zwei Motoren eine größere Reichweite als reine Elektroautos.
- ⊖ Der Ausstoß an Kohlendioxid ist im Vergleich zum reinen Elektroauto deutlich höher. Zwei Antriebe machen das Fahrzeug nicht nur teuer, sondern auch schwerer.



Plug-in- Hybrid

In zwei Welten zu Hause Er ist der nächste Schritt vom Verbrennungsmotor zum Elektroauto: der Plug-in-Hybrid. Wie der Hybrid wird auch der Plug-in-Hybrid mit Elektro- und Verbrennungsmotor angetrieben. Der Unterschied zum Hybrid: Die Batterie des Plug-in-Hybrids kann an der Steckdose aufgeladen werden. Damit gibt es mehr Möglichkeiten, elektrisch zu fahren, da die Energie für rein elektrische Fahrten nicht erst während der Fahrt durch den Verbrennungsmotor erzeugt werden muss.

- ⊕ Der Plug-in-Hybrid ist im Vergleich zum Hybrid einen Schritt weiter. Die Möglichkeit, das Fahrzeug an der Steckdose aufzuladen, vergrößert die Zahl rein elektrischer Fahrten. Damit reduziert sich der Kohlendioxidausstoß. Allerdings gilt auch hier wie beim reinen Elektroauto: Der Strom muss aus erneuerbaren Energiequellen kommen.
- ⊖ Was für den Hybrid gilt, gilt auch für den Plug-in-Hybrid: Er stößt zwar weniger Kohlendioxid aus, aber immer noch mehr als das Elektroauto. Und zwei Antriebe machen ihn teuer und schwerer.



Brennstoff- zelle

Zukunftsmusik Es ist das Auto, aus dessen Auspuff Wasser kommt: Fahrzeuge mit Brennstoffzelle. In einer Brennstoffzelle reagiert ein Brennstoff – im Fall des Autos ist es Wasserstoff – mit Sauerstoff. Die im Brennstoff gespeicherte Energie wird dabei in Form von elektrischer Energie frei, mit der das Auto betrieben wird. Als Produkt der Reaktion aus Wasserstoff und Sauerstoff bleibt nur Wasser übrig. Zwar gibt es erste Fahrzeuge mit dieser Antriebstechnik, aber noch steckt viel Zukunftsmusik in dem Thema.

- ⊕ Das Fahrzeug emittiert kein Kohlendioxid. Aus dem Auspuff kommt Wasser. Es hat eine hohe Reichweite und lässt sich zügig betanken.
- ⊖ Die Klimabilanz eines Fahrzeugs mit Brennstoffzelle hängt davon ab, wie der Wasserstoff hergestellt wurde. Die Herstellung von Wasserstoff ist sehr energieintensiv. Wird er aus fossilen Brennstoffen erzeugt, nutzt der Antrieb dem Klima nichts. Eine Idee ist, überschüssigen Strom aus Sonnen- und Windenergie für die Herstellung zu nutzen und ihn in Form von Wasserstoff zu speichern.



Zahlen und Fakten aus Arbeit und Leben

30 %

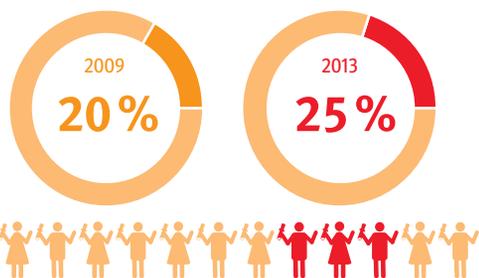
Minijobber kennen ihre Rechte nicht

Knapp 30 Prozent aller geringfügig Beschäftigten sagen, dass sie keinen bezahlten Urlaub bekommen – obwohl sie einen Anspruch darauf hätten. Das berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Fast jeder Zweite gibt zudem an, dass ihm bei Krankheit der Lohn nicht weitergezahlt wird. Die Ursache dafür sieht das IAB darin, dass viele nicht über ihre Ansprüche informiert werden.

54 %

Väter würden kürzer arbeiten

54 Prozent der berufstätigen Väter wünschen sich kürzere Arbeitszeiten. 20 Prozent würden gern flexibler über die Lage ihrer Arbeitszeit entscheiden können. Das ergab eine Umfrage des Bundesfamilienministeriums. Die meisten Arbeitgeber geben an, bei ihnen sei das auch möglich. Vier von fünf Chefs sagen, sie böten auch Vätern die Möglichkeit an, Teilzeit zu arbeiten.



Quelle: BIBB, Oktober 2015 ©bit.do/impulso101

Jeder vierte Azubi hat Abitur

Viele Auszubildende hätten sich nach der Schule auch an einer Hochschule einschreiben lassen können. 25 Prozent aller jungen Leute, die eine betriebliche Ausbildung machen, haben inzwischen (Fach-)Abitur. Sie lernen am liebsten kaufmännische Berufe.

H&M ist auch für Zulieferer in der Pflicht

Ein neues Rahmenabkommen, das H&M mit dem Gewerkschaftsdachverband IndustriAll Global abgeschlossen hat, verpflichtet das Unternehmen zu besseren Arbeitsbedingungen bei seinen Zulieferunternehmen. Die Beschäftigten können nun die Gründung von Gewerkschaften, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Antidiskriminierung und einen auskömmlichen Lohn einfordern.

Das Abkommen, das zunächst nur für ein Jahr gilt, kam auf internationalen Druck der Gewerkschaften zustande, nachdem es in den letzten Jahren vor allem in Bangladesch und Pakistan in ma-

roden Textilfabriken zu Unfällen mit vielen Todesopfern gekommen war.

Keine Arbeit unter Gefahr Die Beschäftigten können nun theoretisch ihre Arbeit in unsicheren Werkstätten verweigern, in denen Gefahr für Leib und Leben besteht wie in der Textilfabrik in dem 2013 eingestürzten Rana Plaza in Bangladesch. IndustriAll Global und die von den Gewerkschaften getragene Kampagne für saubere Kleidung fordern H&M auf, das Abkommen auch praktisch umzusetzen und über die Auftragsvergabe Druck auf die Zulieferfirmen auszuüben.

Azubis bei Steiff machen ihre Ausbildung besser

Ausbildung Viele Azubis waren unzufrieden beim Plüsch-tierhersteller Steiff. Sie sagten der Geschäftsführung klar ihre Meinung – und schrieben ihren Ausbildungsplan selbst um.

Vor einem Jahr waren die Auszubildenden des schwäbischen Plüsch-tierherstellers Steiff überhaupt nicht zufrieden mit ihrer Ausbildung. Das zeigte eine Umfrage des Betriebsrats. Heute ist das ganz anders. Die Ausbildung ist deutlich besser und die Azubis sind hoch zufrieden.

Der Grund: Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) hat die Ausbildungspläne mittlerweile umgeschrieben und logischer strukturiert, so wie es sich die Azubis wünschten.

Azubis sagen Chef die Meinung Nach den schlechten Umfrageergebnissen brachte der Betriebsrat die Azubis in einer offenen Runde mit der Geschäftsleitung und dem Personalchef zusammen. »Wir haben alles vorher mit den Azubis besprochen und sie bestärkt«, erzählt die Betriebsratsvorsitzende Erika Stephan. »Und jeder hat der Geschäftsleitung klar seine Meinung gesagt, ohne Ausnahme.«

Die wesentlichen Kritikpunkte der Azubis: Die Zeitpläne der Ausbil-

dungsinhalte und der Praxiseinsätze passen nicht zusammen.

»Wir hätten beispielsweise schon im ersten Ausbildungsjahr einen Grundkurs in SAP gebraucht. Das haben wir jedoch erst nach und nach gelernt«, erklärt Jugendvertreter Steffen Wengert. »Viele Azubis waren noch im dritten Ausbildungsjahr sehr unsicher in Abteilungen, wo SAP genutzt wird, etwa in der Planung und Disposition.«

Außerdem berichteten die Azubis, dass sie viel belanglose Arbeit machen mussten und oftmals keine richtige Einweisung in den Abteilungen bekamen.

Azubis bewerten Ausbilder Das läuft nun viel besser. Die Personalabteilung stimmte den neuen Ausbildungsplänen der JAV zu.

Zudem werden die Azubis nicht mehr nur bewertet, sondern sie selbst können auch ihre Abteilung und ihr Ausbildungspersonal bewerten. Das werten Betriebsrat und JAV dann aus – und schicken die Ergebnisse an den Personalchef.

Dirk.Erb@igmetall.de



Foto: Steiff Retail GmbH



Zusammen über mobiles Arbeiten diskutieren, offen, neugierig, kontrovers: Das taten die Beschäftigten von Daimler in Gaggenau.

Fotos: Gustavo Albbiso

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Beteiligung In Workshops diskutieren Beschäftigte von Daimler über mobiles Arbeiten. Sie tun dies sehr engagiert.

Tür zu, Visier hoch, los geht's und bitte keine Hemmungen, wir sind hier unter uns: »Was wir brauchen, das ist eine neue Vertrauenskultur«, sagt also ein Kollege aus der Logistik. »Solange mir tendenziell unterstellt wird, wenn ich von daheim arbeite, arbeite ich nicht richtig, so lange haben wir ein Problem.« »Ja«, pflichtet eine Kollegin aus der Verwaltung bei, »ich arbeite einen Tag in der Woche von daheim, da schicke ich immer viele Mails raus, um zu zeigen, dass ich auch zu Hause fleißig bin. Grundsätzlich aber ist mobiles Arbeiten eine tolle Sache. Es hilft mir, Leben und Arbeit gut miteinander zu vereinbaren.« »Alles richtig«, sagt da ein Kollege aus der Produktion, »aber wie sorgen wir dafür, dass aus den neuen Freiheiten keine neuen Belastungen wachsen? Muss ich, wenn ich mobil erreichbar bin, auch immer erreichbar sein? Diese Fragen müssen wir diskutieren.«

Genau deshalb sind sie heute Morgen hierhergekommen, in das Gebäude der betrieblichen Bildung von Daimler in Gaggenau: Teamleiter, Meister, Sachbearbeiter, insgesamt 40 Kolleginnen und Kollegen aus dem Presswerk, aus der Logistik, aus der Verwaltung, aus allen Bereichen

des Standorts. Gemeinsam wollen sie einen Vormittag lang darüber diskutieren, welche Erwartungen und Befürchtungen, Sorgen und Hoffnungen sie mit mobilem Arbeiten verbinden. »Mobiles Arbeiten geht jeden was an«, sagt Petra Funke, Betriebsrätin am Standort, die mit ihrem Kollegen Frank Fellmoser, Teamleiter im Personalbereich Gaggenau, den Workshop organisiert hat. »Deshalb haben wir einen Beteiligungsprozess organisiert.«

Seit Anfang des Jahres läuft nun die Beteiligungskampagne bei Daimler, die von Gesamtbetriebsrat, IG Metall und dem Unternehmen gemeinsam getragen und vom Fraunhofer-Institut IAO, wissenschaftlich begleitet wird. In einem ersten Schritt wurden 82 500 Beschäftigte aus Verwaltung und produktionsnahen Bereichen eingeladen, sich an einer Befragung zu beteiligen.

Über 33 400 Kolleginnen und Kollegen haben die 34 Fragen zum mobilen Arbeiten beantwortet. Damit ist es gelungen, die gesamte Bandbreite an Meinungen und Erfahrungen der Beschäftigten zum mobilen Arbeiten zu erfassen und ein scharfes Bild zu erhalten. In einem zweiten Schritt

werden nun die Ergebnisse in insgesamt 38 Workshops, die an allen Standorten des Unternehmens stattfinden, vertieft analysiert. Schließlich sollen die Ergebnisse zu einer Empfehlung gebündelt werden, die als Grundlage für Verhandlungen im ersten Quartal 2016 über eine Gesamtbetriebsvereinbarung dienen soll.

Bessere Vereinbarkeit. So weit ist es aber noch nicht. Jetzt, kurz nach neun, stellen Valerie Wienken und Alexander Piele vom Fraunhofer Institut die Ergebnisse der Befragung vor – und die weisen auf ein Spannungsfeld, das auch in den Gruppendiskussionen spürbar wird. Einerseits hat mobiles Arbeiten für mehr als 90 Prozent der Befragten eine positive Bedeutung. Die Beschäftigten versprechen sich davon konzentrierteres Arbeiten, weniger unnötige Wege und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Andererseits gibt es Bedenken: Viele haben etwa Sorgen, dass mobiles Arbeiten zur Entgrenzung der Arbeit führt und damit zu mehr Stress. Und die Präsenzkultur wird häufig als dominant beschrieben und als einschränkend erlebt. Im Mittelpunkt der Gruppenarbeitsphase des Workshops stand deshalb diese Frage: »Was muss in einer Gesamtbetriebsvereinbarung geregelt sein, damit ich mich sicher fühle?«

Darüber haben die Beschäftigten an diesem Vormittag diskutiert. Leidenschaftlich, offen, kontrovers, engagiert. Am Ende haben sie nicht alle Fragen beantwortet, aber Gemeinsamkeiten gefunden, Unterschiede benannt, Ziele, Wünsche, Ängste formuliert. »Das freut mich«, sagt Petra Funke. »Jetzt geben wir die Ergebnisse weiter.«

Jan.Chaberny@igmetall.de

Feiern und tanzen, bis der Chef geht

Ratgeber Alle Jahre wieder kommt die Weihnachtsfeier. Doch was ist erlaubt? Muss ich überhaupt hin? Darf ich dort Alkohol trinken? Und was, wenn der Chef mich anmacht?

Kann ich gezwungen werden, zur Weihnachtsfeier zu kommen?

Niemand kann zur Teilnahme gezwungen werden. Wer nicht möchte, muss auch nicht teilnehmen. Fällt die Feier jedoch – wenn auch nur teilweise – in die reguläre Arbeitszeit, muss bei Nichtteilnahme unter Umständen gearbeitet werden. Ist aufgrund der Abwesenheit von Kollegen oder Vorgesetzten die Erbringung der Arbeitsleistung nicht möglich und kann für den Zeitraum der Feier keine andere zumutbare Arbeit zugewiesen werden, darf man – wenn der Vorgesetzte zustimmt – nach Hause gehen oder zu Hause bleiben. Aber: Der Arbeitgeber darf bei Nichtteilnahme keinen Zwangsurlaub anordnen.

Darf ich Alkohol trinken?

Wer nach ein paar Gläsern zu viel auf dem Tisch tanzt oder darunter liegt, gefährdet nicht nur sein berufliches Fortkommen. Auch das Ansehen bei den Kollegen leidet unter solchen Entgleisungen.

Dürfen Arbeitgeber oder Kollegen Fotos von der Feier veröffentlichen?

Bevor Fotos auf der Firmen-Website, dem Intranet oder Facebook veröffentlicht werden, müssen die Betroffenen zustimmen.

Wann ist die Party vorbei?

Das Ende der Feierlichkeiten bestimmt der Chef. Beschließt er die Veranstaltung offiziell, sind anschließende Unfälle nach weiteren Getränken oder sogar einem Ortswechsel nicht mehr durch die betriebliche Unfallversicherung abgedeckt. Wurde das Ende nicht offiziell bekannt gegeben, kommt es darauf an, ob noch weitere Vorgesetzte und mehrere Kollegen anwesend sind. Feiert beispielsweise nur noch der Abteilungsleiter mit einem Mitarbeiter, ist jedenfalls kein Unfallversicherungsschutz mehr gewährleistet (so das Hessische Landessozialgericht vom 26. Februar 2008 – L 3 U 71/06; UV Recht Aktuell 2008, 692-699).

Hat Fehlverhalten Konsequenzen?

Auch auf der Weihnachtsfeier bestehen alle arbeitsvertraglichen Nebenpflichten weiter – selbst dann, wenn die Feier außerhalb der Arbeitszeit stattfindet. Wer ausfallend wird, Kollegen oder den Chef beleidigt oder gar belästigt, dem drohen arbeitsrechtliche Konsequenzen. Auch kritische Äußerungen über die Firma können heikel sein.

Ich war Flüchtling im eigenen Land

Zeitzeugen Als der Zweite Weltkrieg endlich vorbei war, war Horst Matysik elf Jahre alt. Der kleine Junge legte mit seiner Familie 500 Kilometer zurück, um aus Ostdeutschland nach Duisburg zu kommen. Eine Flucht, die er nie vergessen wird und an die er sich in den vergangenen Monaten oft erinnert hat.

Wenn Horst Matysik die Augen schließt, dann sieht er alles wieder ganz genau vor sich: »Es nahm gar kein Ende. Die Trecks waren kilometerlang. Menschen an Menschen. Alle halb verhungert. Sie hatten höchstens einen Koffer dabei und das, was sie am Leib trugen. Sonst nichts. Wer Glück hatte, setzte seine Kinder in eine Schubkarre oder auf den Viehwagen. Sie marschierten immer weiter, immer weiter. Fast so wie heute.« Vor mehr als 70 Jahren kamen die Menschen aus Ostpreußen und Pommern. Auf der Flucht vor der Roten Armee.

1945, wenige Monate später, ist der Krieg zu Ende. Bald darauf wird auch Horst Matysik zum Flüchtling, »zum Flüchtling im eigenen Land«, wie er sagt.

Hitlerjugend Horst Matysik blickt zurück. Die Bilder, die sich tief in seine Erinnerung gebrannt haben, entstanden am Anfang seines Lebens. Er wurde 1934 als Sohn eines Drahtumwalzers und einer Verkäuferin in Duisburg geboren. Seine Herkunft ist nicht zu überhören: ein Kind des Ruhrgebiets. In Hochfeld, einem Duisburger Stadtteil, in dem die Industrie zu Hause war, ist er groß- und altgeworden. Dort lernte er mit 15 Jahren Schablonenschlosser, arbeitete 41 Jahre bei Thyssen Stahl und war fast ein Arbeitsleben lang Vertrauensmann der IG Metall.

Doch seine ersten Lebensjahre prägte der Krieg: Statt Mathe standen Hunger und Luftangriffe auf dem Stundenplan. Wie fast alle Kinder war auch er bei der Hitlerjugend. »Wir wurden gedrillt, gedemütigt

und auf den Krieg vorbereitet. Unsere Kinderhirne waren gleichgeschaltet«, erinnert sich der 81-Jährige. Um ihn und seine Mitschüler noch gefügiger zu machen, wurden sie 1943 in ein Lager der Hitlerjugend nach Tschechien gebracht. Dort gab es für den neunjährigen Horst zwar weniger Bombenalarm und mehr Brot, aber auch mehr Drill. Die Diktatur schliff die jungen Menschen. »Nur wenn man das selbst erlebt hat, kann man sich vorstellen, was in den Köpfen der Kindersoldaten in Syrien oder im Südsudan vorgehen muss.« Fast alle im Lager hatten schreckliches Heimweh. Einige hauten ab und liefen zurück ins Ruhrgebiet. Viele Kinder mussten noch kurz vor Kriegsende an die Front. Als Kanonenfutter.

Fast ein Jahr später, 1944, verließ auch seine Mutter mit seiner kleinen Schwester das Ruhrgebiet. Sie flohen vor den Bomben nach Gröbzig bei Dessau. Sein Vater lag nach einem Schulterdurchschuss in Belgien im Lazarett. Horst war immer noch in Tschechien: »Wie die syrischen Flüchtlingsfamilien heute – wir waren damals alle auf uns selbst gestellt.« Die Kriegswirren rissen viele Familien auseinander. Um die Trennung zu beenden und auch um den mittlerweile zehnjährigen Horst nicht an die Front zu verlieren, nahm Helene Matysik allen Mut zusammen, fuhr mit dem Zug nach Tschechien und holte ihren Sohn ab.

Flucht zurück nach Duisburg Je mehr Menschen aktuell in Deutschland Zuflucht finden, desto öfter muss Matysik an seine Flucht denken. Als Kind erlebte er die Ankunft der Alliierten mit unterschiedlichen Gefühlen: »Erst kamen die Amis, die waren nett und schenkten uns Schokolade.«



Foto: Thomas Range

Horst Matysik war kurz nach dem Krieg selbst Flüchtling im eigenen Land, um aus der Kinderlandverschickung wieder zurück ins Ruhrgebiet zu kommen.

Dann kamen die Russen und »dann war Schluss mit lustig«. Seine Mutter und seine Tante entschieden sich für die Flucht aus der sowjetischen Besatzungszone. Rund 500 Kilometer lang war der Weg aus Ostdeutschland zurück nach Duisburg. »Ein Weg, für den wir, zwei Frauen und fünf Kinder, einige Wochen brauchten«, erinnert sich der 81-Jährige. Eine Szene ist für den Metaller noch besonders präsent: Sein älterer Cousin feilschte mit einem russischen Soldaten. Für drei Armbanduhren, Erbstücke der Familie, ließ der Wachposten die Frauen und Kinder passieren.

Gespräche mit den Enkeln Der Duisburger ist nachdenklich. Schaut nochmals zurück in die Vergangenheit und findet, dass man damals und heute nicht vergleichen kann und auch nicht vergleichen sollte. Darüber redet er zurzeit auch oft mit seinen Enkelkindern. Sie haben Angst vor den Flüchtlingen. »Auch ich mache mir meine Gedanken. Wie soll das alles bewältigt werden?«, fragt er sich.

Doch dann findet er eine Antwort. »Wir schaffen das, so wie wir das auch nach dem Krieg oder später mit den ›Gastarbeitern‹ geschafft haben: Integration funktioniert vor allem im Betrieb über den Arbeitsplatz. Und ich bin sicher, dass die IG Metall – so wie damals – ein großes Stück dazu beitragen wird.« Die Jahre der Hitler-Diktatur, der Krieg, die Flucht und die Not der Nachkriegsjahre, das alles wird er nie vergessen. Aber viel einschneidender und überwältigender sei die Demokratie gewesen: »Ich bin glücklich, dass wir diese Freiheit erreicht haben.«

Seine Lebensweisheit versucht er seinen Enkeln mit auf den Weg zu geben. Auch wenn es um das kontroverse Thema Flüchtlinge geht. Neulich hat Horst Matysik noch einen ganz anderen Trumpf bei seinen Enkeln gezogen: »Da habe ich ihnen gesagt, ihr wärt heute nicht hier, wenn Euer Urgroßvater damals nicht aus Ostpreußen der Arbeit wegen nach Duisburg geflohen wäre.« Die Enkel schwiegen nachdenklich. Und dann fügte er leise hinzu: »Man sieht das ganz anders, weil man ja selbst mal geflüchtet ist.«

Susanne.Rohmund@igmetall.de

In dem Buch »Vom Erinnern an den Anfang« erzählen Horst Matysik sowie andere Metaller und Metallerinnen über die Nachkriegszeit sowie die Gewerkschaftspolitik in der jungen Bundesrepublik und der DDR. Das Buch ist unter der ISBN 978-3-941310-39-1 für 19,90 Euro zu bestellen bei:

buechner-verlag.de

Hier kriegen sie Weiterbildung geregelt

Weiterbildung Die Technik wandelt sich rasant, mit ihr verändert sich die Arbeit. Qualifizierung und Weiterbildung wird immer wichtiger. Doch vielen Beschäftigten fehlen dazu Zeit und Geld. Besser sieht es dort aus, wo IG Metall und Betriebsräte Tarifverträge und Vereinbarungen zum Weiterbilden und Studieren umsetzen.

Von Dirk Erb und Jan Chaberny

Freiraum zum Weiterbilden bei den Pfalz Flugzeugwerken

Demnächst wird Ahmet Sel seine Prüfung zum Logistikmeister machen. Drei Monate lang war der 29-Jährige für seinen Meisterkurs von der Arbeit als Kommissionierer bei den Pfalz Flugzeugwerken (PFW) in Speyer freigestellt, bei fast vollem Lohn. »Das war natürlich ein großer Vorteil, dass ich das in Vollzeit machen konnte«, meint Ahmet Sel. »Normalerweise dauert der Meister in Teilzeit zwei Jahre.«

Ahmet will beruflich weiterkommen und der Firma nützlich sein. Nach der Prüfung würde er gern die werksinterne Logistik effizienter machen. Wenn alles klappt, arbeitet er dann vielleicht mit Felix Rüppel zusammen. Der 24-Jährige hat gerade ein duales Studium als Wirtschaftsingenieur bei PFW begonnen und arbeitet derzeit an einem neuen Logistikprojekt. Beim Fotoshooting für die metallzeitung (Foto rechts) fachsimpeln die beiden bereits über Barcode-Systeme.

Vor dem Studium hat Felix Rüppel eine Ausbildung zum Fluggerätemechaniker bei PFW gemacht und ein Jahr lang in der Produktion Titanrohre isoliert. »Ich wollte unbedingt eine technische Ausbildung machen. Flugzeuge sind meine Leidenschaft.« Dafür ist er aus Kassel in die Pfalz umgezogen. Nun hat er Praxiserfahrung und kann dennoch studieren, ohne dazu aus dem Betrieb herauszumüssen.

All das wäre früher bei PFW so nicht möglich gewesen. Wer sich fortbilden

wollte, musste unbezahlten Urlaub nehmen. Wer studieren wollte, musste in der Regel kündigen. Dabei hat die Zahl der Beschäftigten, die sich weiterbilden wollen, in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Und PFW verlor viele gute Leute.

Dass das heute anders ist, haben Ahmet Sel und Felix Rüppel ihrem Betriebsrat zu verdanken. Er hat eine Betriebsvereinbarung durchgesetzt, die zur Sicherung der Zukunft des Unternehmens voll auf Qualifizierung setzt. »Wir mussten handeln, auch um die Zukunft unserer Arbeitsplätze zu sichern«, erklärt Werner Rieder, der im Betriebsrat für Berufsbildung zuständig ist. »Die Fertigungstechniken im Flugzeugbau verändern sich ständig, daher müssen wir uns auch ständig weiterbilden.«

Die Beschäftigten können nun neun verschiedene Modelle zur Freistellung für ihre Weiterbildung nutzen. Dazu gehören verschiedene Arbeitszeitkonten, individu-

elle Gleitzeitmodelle, vorübergehende Teilzeitarbeit und eine bis zu zweijährige Auszeit mit reduziertem Entgelt. In einigen Fällen zahlt der Arbeitgeber auch Kursgebühren. Zudem bietet PFW duale Studienplätze für seine Beschäftigten an. So ist auch Felix Rüppel zu seinem Studienplatz gekommen.

All diese Modelle können die Beschäftigten wie einen Baukasten miteinander kombinieren. Die Beschäftigten sagen, was sie machen wollen – und der Betriebsrat hilft ihnen bei der Zusammenstellung der dafür passenden Modelle. Auch Ahmet Sel hat es so gemacht. Die Weiterbildung genehmigte der Berufsbildungsausschuss, den Betriebsrat und Geschäftsleitung zu gleichen Teilen besetzen.

Die Betriebsvereinbarung hat der Betriebsrat allerdings nicht allein entworfen. Er gründete eine Projektgruppe, in der Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen als Sachkundige mitarbeiteten. So war gesichert, dass die Bedürfnisse der gesamten Belegschaft berücksichtigt werden. »Vor allem konnten wir auch der Geschäftsführung zeigen: Schaut, nicht nur der Betriebsrat, sondern die gesamte Belegschaft wünscht sich das«, macht Werner Rieder klar. »So konnten wir die Betriebsvereinbarung letztlich durchsetzen. Der IG Metall-Tarifabschluss zur Bildungsteilzeit im Frühjahr hat unsere Vereinbarung nun noch einmal abgesichert.«

Dank einer Vereinbarung bei PFW können sich Ahmet Sel (rechts) und Felix Rüppel (links) in ihrem Job weiterbilden und studieren.



Foto: Gustavo Alabiso

Bercin Gökmen, Derkan Gökmen und Alexandra Fischer (von links nach rechts) studieren berufsbegleitend neben ihrer Arbeit bei BMW in München.



Foto: Bernhard Lang

Studieren neben der Arbeit bei BMW in München

Auch Derkan Gökmen bildet sich weiter. Er will eine sichere Zukunft haben. Er arbeitet bei BMW in München – und studiert berufsbegleitend Wirtschaftsingenieurwesen an der Hochschule Landshut. »Fast alle meine Freunde bilden sich weiter«, erklärt er. »Ohne geht es nicht, wenn Du eine sichere Perspektive haben willst – auch wenn es sich vielleicht nicht sofort in Form einer höheren Stelle auszahlt.«

Derkan wohnt zwischen München und Landshut, fährt von Montag bis Donnerstag zur Arbeit – und freitags und samstags in die andere Richtung zur Uni. Zusammen mit seiner Schwester Bercin Gökmen und ihrer gemeinsamen langjährigen Freundin Alexandra Fischer, die beide mit ihm bei BMW arbeiten. Alexandra hat direkt nach ihrer Ausbildung in Büromanagement mit dem Studium angefangen, ebenso wie sieben ihrer acht Mitazubis. Und Bercin macht parallel sogar noch eine Ausbildung zur Industriekauffrau. »Ich wollte einfach beides: Praxis und Theorie«, erklärt sie. »Ich bin noch jung, da nehme ich die Belastung lieber jetzt auf mich.« Klar bedeutet das auch Verzicht. Für ihre Hobbys bleibt wenig Zeit. Doch das nehmen die drei auf sich.

Dass das überhaupt so geht, machen verschiedene Regelungen möglich, die der Betriebsrat bei BMW ausgehandelt hat: ein Vier-Tage-Schichtmodell. Eine Vereinbarung zur Mobilarbeit, die ermöglicht, einen Teil der Arbeitszeit flexibel, unterwegs und zu Hause zu erledigen. Ein Zeitkonto, das bis zu 300 Stunden ins Plus oder Minus gehen kann. Vorübergehende Teilzeitarbeit. Ein halbjähriges »Sabbatical«. Sowie eine Auszeit von bis zu zwei Jahren mit Wiedereinstellungsgarantie. Mit dem neuen Tarifvertrag Qualifizierung, den die IG Metall im Frühjahr durchgesetzt hat, sind sogar vier Jahre Auszeit möglich, mit Rückkehrrecht. Zugleich stellen sich auch Hochschulen auf Studierende aus dem Betrieb ein. Landshut etwa bietet den Wirtschaftsingenieur seit fünf Jahren in Teilzeit an. Allerdings: Im Gegensatz zum Vollzeitstudium kostet be-

rufsbegleitend Studieren was – mehr als 18000 Euro Gebühren insgesamt, die die drei komplett aus eigener Tasche bezahlen.

Derkan ist fast fertig mit seinem Bachelor-Studium. Den Master will er erst mal nicht dranhängen. Das würde in Teilzeit dann noch mal zwei Jahre dauern – und vor allem noch mal 18000 Euro kosten. Geld vom Arbeitgeber fürs Studium gibt es nicht. Aber vielleicht bald etwas mehr Zeit: Derzeit verhandelt der Betriebsrat bei BMW gerade über spezielle flexible Modelle für berufsbegleitend Studierende.

Qualifizierung und Weiterbildung bei Phoenix Contact Die Veränderungen kamen schleichend, am Anfang waren sie kaum spürbar, aber mit der Zeit erhöhte sich das Tempo – und die Auswirkungen auf die Arbeit der Beschäftigten wurden immer größer und größer. »Es war klar, dass wir es so nicht mehr weiterlaufen lassen konnten«, sagt Uta Reinhard. »Die Anforderungen, die an unsere Werkzeugmacher gestellt wurden, hatten sich grundlegend verändert. Wir wollten den Prozess konstruktiv begleiten.«

Uta Reinhard ist die Betriebsratsvorsitzende von Phoenix Contact in Blomberg. 4000 Beschäftigte arbeiten am Stammsitz, sie entwickeln, vertreiben und produzieren industrielle Verbindungstechnik, elektronische Stecker, Reihenklammern und Gerät zum Schutz vor Überspannung. »Vor allem im Werkzeugbau haben die technischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren einen Quantensprung gemacht, es kommen kontinuierlich neue Materialien und neue Technologien sowie neue Software zum Einsatz. Plötzlich ist Drei-D-Druck möglich«, sagt Uta Reinhard. »Uns war klar, dass die Beschäftigten das nicht nebenbei erlernen können. Uns war auch klar, dass wir Ängste und Sorgen nehmen müssen.« Denn die gibt es auch. 180 Beschäftigte arbeiten im Stammhaus im Werkzeugbau. Alle wissen sie, dass sich ihre Tätigkeitsprofile verändern, dass sie neue Fertigkeiten benötigen – aber manch einen quälten Fragen: Werde ich den Anforderungen genü-

gen? Und was, wenn nicht? Muss ich dann gehen? Diese Angst konnte Uta Reinhard den Kolleginnen und Kollegen nehmen. Der Betriebsrat verhandelte eine Betriebsvereinbarung, in der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beschäftigung garantiert wurde. »Mit dieser Sicherheit konnten sich die Betroffenen auf den Weg machen.«

Das haben sie. Der Betriebsrat und die Geschäftsführung schauten sich im Werkzeugbau jeden Arbeitsplatz an. Ungeheim hilfreich war es da, dass der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Frank Zimmer lange Jahre selbst in diesem Bereich tätig war. Für die Beschäftigten wurde ein Qualifizierungsprogramm entwickelt, es wurde analysiert, welche Kenntnisse und Fertigkeiten der Kollege oder die Kollegin hat oder braucht. Die Schulungen selbst wurden und werden im Weiterbildungszentrum des Unternehmens durchgeführt – denn der Prozess hält noch an. »Wichtig war uns, dass die Weiterbildung während der Arbeitszeit stattfindet sowie qualitativ hochwertig, umfassend und fundiert ist. Die Kolleginnen und Kollegen sollten nicht nur neue Fertigkeiten erlernen, sondern damit auch eine Chance auf eine höhere Gehaltsstufe bekommen«, sagt Uta Reinhard. »Das ist uns gelungen.«

Qualifizierung bei Phoenix: Daniela Schürmann (links), Waldemann Neumann, Uta Reinhard, Benedikt Rampke.



Foto: Michael Löwa

Das 13. – **Geldsegen** im Dezember

Recht so In Kürze landet auf dem Konto vieler Beschäftigten ein zusätzlicher Geldsegen – das Weihnachtsgeld. Diese Sonderzahlung gibt es dort, wo die Tarifverträge der IG Metall gelten. Doch was gilt, wenn Arbeitgeber mehr als nach Tarif, aber unter Vorbehalt zahlen?



Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

Tjark Menssen
ist Jurist bei der
DGB Rechtsschutz
GmbH.

Jedes Jahr zu Weihnachten das Gleiche – die Kinder hoffen auf viele Geschenke. Doch manche Eltern wollen ihre Kinder nur beschenken, wenn sie das ganze Jahr brav waren.

So ähnlich möchten sich auch viele Arbeitgeber sehen: als großzügige Spender, die Wohltaten an ihre Beschäftigten nach eigenem Willen verteilen. Darum zahlen sie das Weihnachtsgeld oder ein 13. Monatsentgelt nur unter Vorbehalt oder mit Widerrufsmöglichkeit. Chefinnen und Chefs wollen sich so eine Hintertür offen halten, um jedes Jahr neu überlegen zu können, ob sich ein Beschäftigter eine Extraportion Geld verdient hat.

Der Arbeitsvertrag Auch wenn der Arbeitgeber das übertarifliche Weihnachtsgeld freiwillig zahlt, brauchen sich Beschäftigte diese Gutsherrenart nicht gefallen zu lassen. Denn das Bundesarbeitsgericht hat die Möglichkeiten von Freiwilligkeits- oder Widerrufsvorbehalt begrenzt. So muss eine einzelvertragliche Regelung deutlich und unmissverständlich erkennen lassen, dass für die Zukunft kein Rechtsanspruch auf das Weihnachtsgeld entstehen soll.

Zu pauschal und damit unwirksam ist ein allgemeiner Hinweis, dass sämtliche zukünftigen Leistungen freiwillig sein sollen.

Auch nur in engen Grenzen möglich: der Widerruf von Weihnachtsgeld, das in früheren Jahren gezahlt wurde. Der Widerruf muss im Arbeitsvertrag ebenso klar beschrieben sein wie auch der Grund hierfür. Egal ob erwarteter Umsatz oder

Gewinnmargen nicht erreicht werden konnten – die Voraussetzungen müssen klar und verständlich formuliert und für den Beschäftigten überprüfbar sein. Ebenso muss der Widerruf erklärt werden – und zwar vor der Fälligkeit der Weihnachtsgeldzahlung. Denn ein Widerruf wirkt immer nur in die Zukunft.

Betriebliche Übung Doch was ist, wenn gar nichts vertraglich geregelt ist, der Chef das Weihnachtsgeld aber jahrelang ohne wirksamen Vorbehalt gezahlt hat? Geschieht dies drei Jahre hintereinander, entsteht eine sogenannte betriebliche Übung. Und zwar sogar dann, wenn in der Vergangenheit die Beträge nicht absolut oder prozentual gleichbleibend waren, sondern geschwankt haben.

Tarifverträge IG Metall-Mitglieder, deren Anspruch auf einen Teil des 13. Monateinkommens tarifvertraglich geregelt ist, brauchen sich insoweit um Freiwilligkeits- oder Widerrufsvorbehalte keine Sorgen machen.

Doch schwarze Schafe gibt es auch unter tarifgebundenen Chefs. So gilt: Verzichtserklärungen von Gewerkschaftsmitgliedern sind wegen der Tarifbindung unwirksam. Abweichende Regelungen kann der Arbeitgeber nur mit der IG Metall vereinbaren.



Mehr Wissen

Die IG Metall-Checkliste »Weihnachtsgeld« enthält weitere Informationen und Tipps zum Thema und liefert unter anderem Antworten, ob zum Beispiel bei Zeiten ohne Arbeit das Weihnachtsgeld gestrichen oder gekürzt werden darf:

igmetall.de/weihnachtsgeld

Alles was Recht ist



›Geringfügige Beschäftigung

Mutterschaftsgeld gibt es auch im Minijob

Schwangere Minijobberinnen mit einem Arbeitsentgelt von bis zu 450 Euro haben Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Die Höhe ist davon abhängig, wie die Minijobberin krankenversichert ist.

Das Mutterschutzgesetz regelt, dass schwangere Beschäftigte während der Schutzfristen – sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung – von der Arbeit freizustellen sind. Das gilt auch für Minijobberinnen. Der Lohnausfall während dieser Zeit wird teilweise durch das Mutterschaftsgeld und den Zuschuss des Arbeitgebers ausgeglichen. Dabei unterscheidet man zwischen zwei Gruppen von Minijobberinnen.

Vom Bundesversicherungsamt Minijobberinnen, die zu Beginn der Schutzfrist nicht selbst gesetzlich krankenversichert sind, erhalten das Mutterschaftsgeld auf Antrag vom Bundesversicherungsamt. Dazu gehören zum Beispiel Beschäftigte, die privat oder familienversichert sind. Die Höhe des Mutterschaftsgelds richtet sich nach dem Nettoentgelt der letzten drei Monate vor Beginn der Schutzfrist. Für den gesamten Zeitraum der Schutzfristen erhält die Minijobberin maximal 210 Euro.

Der Arbeitgeber leistet nur dann einen Zuschuss, wenn das Arbeitsentgelt bis zum Beginn der Mutterschutzfrist höher ist als 390 Euro monatlich. Der monatliche Zuschuss beläuft sich auf die Differenz zwischen 390 Euro und dem Nettolohn.

Von der Krankenkasse Minijobberinnen, die zu Beginn der Schutzfrist selbst gesetzlich krankenversichert sind, erhalten Mutterschaftsgeld von ihrer Krankenkasse. Hierzu gehören insbesondere Frauen, die über ihre Hauptbeschäftigung, als Studentin oder als Bezieherin von Arbeitslosengeld krankenversicherungspflichtig oder als freiwilliges Mitglied versichert sind. Die Höhe des Mutterschaftsgelds entspricht in diesen Fällen dem durchschnittlichen kalendertäglichen Nettoentgelt der letzten drei Monate vor Beginn der Schutzfrist, wobei die Krankenkasse maximal 13 Euro pro Tag zahlt. Um den Verdienstausschlag auszugleichen, zahlt der Arbeitgeber ergänzend einen Zuschuss in Höhe der Differenz zwischen Mutterschaftsgeld und Nettolohn.

Auf der Internetseite der Minijob-Zentrale können werdende Mütter die gesetzliche Schutzfrist vor und nach der Entbindung sowie die Höhe des Mutterschaftsgelds berechnen:

👉 minijob-zentrale.de → **Tools und Hilfen**

Mutterschaftsgeld kann beim Bundesversicherungsamt online beantragt werden unter:

👉 mutterschaftsgeld.de



›Krankenkassenbonus

Wegen Musterverfahren Steuerbescheide nur vorläufig

Zurzeit prüft der Bundesfinanzhof (BFH), ob Bonuszahlungen der Krankenkasse für gesundheitsbewusstes Verhalten zu versteuern sind. Wegen anhängiger Musterverfahren hat das Bundesfinanzministerium (BMF) die Finanzbehörden der Länder am 5. November 2015 angewiesen, bis zu einer Entscheidung sämtliche Steuerfestsetzungen für Veranlagungszeiträume ab 2010 vorläufig vorzunehmen.

Durch die vorläufige Steuerfestsetzung in einzelnen Punkten bleiben Rechtsansprüche gewahrt, ohne dass Steuerpflichtige Einspruch einlegen müssen. Aber Achtung: Die Vorläufigkeit betrifft in der Regel nie den gesamten Steuerbescheid, sondern nur einen oder auch mehrere einzelne Punkte. Der Bescheid bleibt deshalb auch nur in diesen Punkten offen.

BMF-Schreiben IV A 3 – S 0338/07/10010



›Kinderbetreuungsplatz

Kein Schadenersatz für Verdienstausschlag

Eltern haben keinen Schadenersatzanspruch für Verdienstausschlag gegen die Kommune, wenn sie keinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden. Das Oberlandesgericht (OLG) Dresden entschied, dass die Kommune zwar ihre Amtspflicht zur Bereitstellung von Kita-Plätzen verletzt habe. Allerdings seien nicht die Eltern und ihr Wunsch nach Berufstätigkeit vom Gesetz geschützt, sondern die Kinder und ihr Anspruch auf frühkindliche Förderung.

**OLG Dresden vom 26. August 2015,
1 U 319/15, 1 U 320/15, 1 U 321/15**



›Kindergeld I

Anspruch besteht auch bei mehrjährigem Auslandsstudium

Auch wenn sich ein Kind für ein mehrjähriges Studium außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums aufhält, können Eltern weiterhin Kindergeld beziehen. Voraussetzung ist, dass das Kind seinen Wohnsitz bei den Eltern beibehält.

Die Familienkasse hob den Kindergeldbescheid auf, da sie davon ausging, dass der Sohn seinen Wohnsitz nach China verlegt hatte. Da vorübergehende, weniger als einjährige Auslandsaufenthalte grundsätzlich nicht zum Wegfall des Inlandswohnsitzes führen, sah der BFH den vor dem Studium durchgeführten Sprachkurs als unproblematisch an. Auch im Hinblick auf das Studium selbst sah der BFH keine Wohnsitzverlagerung nach China. Maßgeblich war, dass der Sohn mindestens die Hälfte seiner ausbildungsfreien Zeit in Deutschland lebte und seine Wohnverhältnisse sowie persönlichen Bindungen einen stärkeren Bezug zu Deutschland als zum Studienort aufwies.

BFH vom 23. Juni 2015, III R 38/14



›Kindergeld II

Steuer-Identifikationsnummer ab 2016 Pflicht

Die Steuer-Identifikationsnummer (Steuer-ID) wird zusätzliche Anspruchsvoraussetzung für das Kindergeld: Ab 1. Januar 2016 müssen Kindergeldberechtigte und die Kinder von Familienkassen durch die Steuer-ID identifizierbar sein. Erforderlich sind die Steuer-ID des Kindes, für das Kindergeld beantragt wird sowie des Elternteils, der den Antrag stellt oder bereits Kindergeld bezieht. Mehr zum Thema:

👉 arbeitsagentur.de

Die IG Metall auf Campustour

Studierende Seit Beginn des Wintersemesters ist die IG Metall auf Campustour, mit Infoständen und Vorträgen an Unis und Fachhochschulen. Dort beantwortet sie die Fragen der Studierenden. Vor allem geht es um den Berufseinstieg und ums Geld – aber auch um Politik.



Auf den Campustouren knüpft die IG Metall Kontakte mit Studierenden.

Es geht um den Einstieg in den Job, ums Praktikum und ums Geld. Das sind die Themen, die die Studierenden am IG Metall-Infostand interessieren. 42 000 Studierende gibt es hier an der Rheinisch-Westfälischen

Technischen Hochschule (RWTH) in Aachen, zumeist angehende Ingenieure. Vier von ihnen, die sich in der Hochschulgruppe der IG Metall engagieren, sind am Stand dabei, sie beantworten Fragen und verteilen Infoflyer. Außerdem laden sie die Studierenden zur Ringvorlesung der IG Metall am Abend ein. Dort geht es um etwas ganz anderes: um »AfD, Pegida und Co.«. Dafür haben sie auch schon in den Hörsälen Werbung gemacht.

So wie in Aachen ist die IG Metall in diesen Wochen mit ihrer Campustour an zahlreichen Hochschulen überall in der Republik unterwegs. Auf dem Programm stehen ganz unterschiedliche Veranstaltungen: Infostände auf Messen und in der U-Bahn. Seminare zu Geld und Recht. Infovorträge vor dem Hörsaal zu frisch gebackenen Krapfen. Doch die Fragen sind überall die gleichen.

Was kann die IG Metall für Studierende überhaupt tun?

Die IG Metall berät Studierende beim Berufseinstieg, gibt Orientierung zu Einstiegsgehältern und Bewerbung. Sie hat spezielles Material, Personal und Bildungsveranstaltungen für Studierende. Sie

hilft beim Praktikum und bei der Ausbildung im Betrieb. Und sie berät und vertritt Studierende in rechtlichen Fragen gegenüber Arbeitgebern und Behörden. Gerade haben die Delegierten des Gewerkschaftstags beschlossen, dass die IG Metall Studierenden ab 2016 auch bei Streit um Prüfungen Rechtsschutz gibt.

Wie viel Geld verdiene ich, wenn ich nach dem Studium in den Beruf einsteige? Was darf ich fordern?

Die Topfrage an den Infoständen: Was bin ich wert? Fordere ich zu viel? Einige wollen einfach nur einen Job. Sogar Master-Absolventen fangen oft mit gerade mal 36 000 Euro Jahresgehalt brutto oder weniger bei Ingenieurdienstleistern an.

In Betrieben mit IG Metall-Tarifvertrag gibt es deutlich mehr Geld. Die Einstiegsgehälter für Ingenieure in der Metall- und Elektroindustrie beginnen je nach Tarifgebiet bei rund 50 000 Euro brutto im Jahr und mehr. Das Pokern ums Gehalt beim Bewerbungsgespräch bleibt Dir erspart. Jeder weiß, was zu zahlen ist.

So viel werde ich doch niemals verdienen. Einstiegsjobs gibt es oft nur bei Ingenieurdienstleistern. Wie sind die?

Es gibt durchaus Ingenieur- oder Entwicklungsdienstleister (EDL) mit Tarifverträgen und Betriebsrat, die gute und abwechslungsreiche Arbeit mit gutem Geld bieten. Ein Großteil der EDL jedoch verlangt viel, zahlt jedoch wenig. Auch hier lohnt sich eine Anfrage bei der IG Metall.

Bekomme ich Geld im Praktikum? Und wenn ja, wie viel?

Das hängt zunächst einmal davon ab, ob es sich um ein freiwilliges Praktikum oder um ein verpflichtendes Praktikum im Rahmen des Studiums handelt. Für freiwillige Praktika gilt der gesetzliche Mindestlohn, für Pflichtpraktika nicht.

Betriebe mit IG Metall-Tarifvertrag und Betriebsrat zahlen besser, auch für Pflichtpraktika. Der Betriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung stellen zudem sicher, dass die Praktikanten gut behandelt und nicht als billige Hilfskräfte missbraucht werden.

Wie finde ich Betriebe, die gute Arbeit und gutes Geld bieten?

Ein IG Metall-Tarifvertrag und ein Betriebsrat sind Garantien für gute Arbeit und gutes Geld. Wer sich nicht traut, den Arbeitgeber danach zu fragen, kann sich an die IG Metall vor Ort wenden. Detaillierte Informationen und Kontakte zu Betrieben gibt die IG Metall allerdings exklusiv an ihre Mitglieder.

Ich bin ja kein Arbeiter. Ist die IG Metall überhaupt für mich zuständig?

Es kommt nicht auf den Beruf an, sondern vielmehr auf den Betrieb und die Branche. Wer etwa als Betriebswirtschaftler oder Controller in einem Metall-, Elektro-, Holz- oder Textilbetrieb arbeitet, auch bei einem angeschlossenen Dienstleister, für den ist auch die IG Metall zuständig.



Illustration: Martina Hillemann



Die IG Metall vor Ort

Die IG Metall bietet gemeinsam mit dem DGB Beratung für Studierende in Hochschulinformationsbüros und Campus Offices an 50 Hochschulstandorten:

➔ hochschulinformationsbuero.de

Die IG Metall hat bundesweit 155 Verwaltungsstellen, die auch Studierende beraten.

➔ igmetall.de/vor-ort

Die Infolyer der IG Metall für Studierende zu Einstiegsgehältern – mit Vergleichstabellen, zu Grundlagen von Arbeitsrecht und Arbeitsvertrag, zum Praktikum, zur Studienfinanzierung, zum Studium ohne Abitur.

➔ hochschulinformationsbuero.de
➔ **Materialien**

IG Metall ab 2,05 Euro

Studierende zahlen einen Mitgliedsbeitrag von 2,05 Euro im Monat solange sie nicht erwerbstätig sind. Studierende, die regelmäßig verdienen, etwa berufs begleitend oder dual Studierende, zahlen wie alle anderen Erwerbstätigen ein Prozent ihres monatlichen Bruttoentgelts.

Geld ist nicht alles. Ich will auch ein Leben neben der Arbeit, mit Zeit für Freunde und Familie. Wo gibt es das?

Auch das trauen sich die meisten nicht, im Bewerbungsgespräch zu fragen. In Betrieben mit Tarif und Betriebsrat sind Arbeitszeiten geregelt und begrenzt. Oft gibt es spezielle Vereinbarungen, die Beschäftigten mehr Freiräume geben, etwa Teilzeit, Auszeit oder mobile Arbeit, um Zeit für Familie oder Weiterbildung zu haben.

Wie und wo kann ich als Studierender bei der IG Metall mitmachen?

Mitmachen können Studierende jederzeit. Wie in Aachen hat die IG Metall an zahlreichen weiteren Hochschulstandorten eigene Hochschulgruppen, die gemeinsam Aktionen und Veranstaltungen planen und organisieren.

Außerdem gibt es spezielle Bildungsangebote für Studierende im Programm: Seminare zum Berufseinstieg, zum Vertragsabschluss, zu Kompetenzen für das Studium, etwa zum wissenschaftlichen Arbeiten. Aber es geht auch um politische Themen. In der Ringvorlesung der IG Metall an der RWTH Aachen im November waren fast alle Sitze besetzt. Viele Erstsemester und angehende Ingenieure waren dort, obwohl ihnen das Thema für ihre Karriere nichts bringt. »Ich interessiere mich für politische Themen«, erklärte ein Maschinenbau-Student. »Und die IGM ist die Einzige, die hier an der Hochschule so etwas anbietet.«

Dirk.Erb@igmetall.de

Anzeige

Zauberhafte Winterwelt in der Autostadt in Wolfsburg

Erleben Sie bis zum 6. Januar den Zauber des Winters in der Autostadt und das Flair von Paris, New York oder Rio de Janeiro in den Choreographien internationaler Eisläufer. Schnallen Sie sich selbst die Schlittschuhe an oder entdecken Sie außergewöhnliche Geschenkideen und kulinarische Spezialitäten in der winterlichen Parklandschaft.



15%

Mitglieder der IG Metall erhalten gegen Vorlage ihres Mitgliedsausweises 15% Rabatt auf Eintrittskarten und alle vorab buchbaren Leistungen (außer Shops und Restaurants).

Weitere Informationen und Buchung unter:

☎ **0800 288 678 238** oder service@autostadt.de

Autostadt GmbH
Stadtbrücke | 38440 Wolfsburg
www.autostadt.de

Die Autostadt ist Partner der:



Fortbilden mit Bildungskredit

Wer sich in Vollzeit fortbildet oder studiert, kann für die letzten zwei Jahre vor dem Abschluss einen Bildungskredit beantragen. Die staatliche KfW-Bank zahlt bis zu 7200 Euro in Monatsraten bis 300 Euro zu 1,03 Prozent Zins, unabhängig von den Eltern und vom BAföG. Die Tilgung in Monatsraten zu 120 Euro beginnt zwei Jahre nach dem Bildungsabschluss. Der Haken: Die Altersgrenze für den Bildungskredit liegt bei 36 Jahren.

► bildungskredit.de

Meister-BAföG erhöht sich

Die staatliche Förderung für Aufstiegsfortbildungen, das sogenannte »Meister-BAföG«, steigt ab 1. August 2016 von monatlich 697 auf 760 Euro. Zugleich erhöht sich der Einkommensfreibetrag von 255 auf 290 Euro. Das Meister-BAföG kann für jede berufliche Aufstiegsqualifizierung in Vollzeit beantragt werden, also auch für den Techniker, Fachwirt oder Betriebswirt.

► meister-bafog.info

Checkliste für Weiterbildung

Soll ich mich weiterbilden und was würde das kosten? Antworten gibt die die 55 Seiten starke Checkliste »Qualität beruflicher Weiterbildung« des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sie informiert über Abschlüsse und qualitativ gute Anbieter.

► bibb.de

→ **Suche: Checkliste
Weiterbildung**

Experten für Autos

Kfz-Meister Mehr als 20 000 junge Männer und Frauen beginnen jedes Jahr eine Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker. Auch wenn das der beliebteste Beruf ist, will ihn nicht jeder bis zur Rente ausüben. Wer sich mal verändern möchte, kann sich zum Beispiel zum Kfz-Meister weiterbilden.

Kraftfahrzeugtechnikermeister und -meisterinnen prüfen auch schon mal Fahrzeuge. Aber sie tun viel mehr: zum Beispiel Fachkräfte anleiten, planen, kalkulieren, verhandeln.



Wo Autos gebaut, verkauft, repariert oder Ersatzteile verkauft werden, sind Kraftfahrzeugtechnikermeister, kurz: Kfz-Meister und – seltener – -Meisterinnen. Sie planen die Arbeitsabläufe, leiten Fachkräfte an und sind für die betriebliche Ausbildung verantwortlich. Sie übernehmen kaufmännische und Verwaltungsaufgaben, verhandeln mit Lieferanten, kalkulieren Angebote und beraten Kundinnen und Kunden.

In kleineren Autowerkstätten arbeiten sie auch oft praktisch mit. Sie erstellen zum Beispiel Fahrzeugdiagnosen, machen Kostenvor-

schläge, nehmen Aufträge an und bearbeiten Reklamationen.

Außer in Werkstätten und Autohäusern können Kfz-Meister in der Auto- und Zulieferindustrie arbeiten, bei Ersatzteilhändlern und Pannenhilfsdiensten.

Prüfung Kfz-Meister ist eine berufliche Weiterbildung. Die Meisterprüfung ist bundesweit einheitlich geregelt. Wer sie ablegen will, ist nicht verpflichtet, vorher einen Lehrgang zu besuchen. Voraussetzung ist aber in der Regel die Gesellenprüfung als Kraftfahrzeugme-

chatroniker oder -mechatronikerin oder als Zweiradmechaniker oder -mechanikerin oder in einem verwandten Handwerksberuf.

Die Prüfung gliedert sich in vier Teile: einen praktischen, einen theoretischen, in dem es um Kfz-Technik, Auftragsabwicklung und Betriebsführung geht, einen betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen und rechtlichen Teil und einen vierten, in dem berufs- und arbeitspädagogische Kenntnisse abgefragt werden. Pro Jahr bestehen mehr als 4000 Kfz-Meister die Prüfung. Bisher ist es noch ein typischer Männer-

Arbeiterkinder an die Uni

45 Prozent der 30-Jährigen in der Gesamtbevölkerung sind Arbeiterkinder, aber unter den Studierenden und Akademikern machen sie nur 15 Prozent aus. Das zeigen Studien der Universität Berlin. Die Initiative »Arbeiterkind.de«, ein Internetportal für Schüler und (angehende) Studierende, will Arbeiterkindern Mut machen, einen Hochschulabschluss zu machen. Es bietet ein soziales Netzwerk und nützliche Informationen,

zum Beispiel über Stipendien. Jetzt hat Arbeiterkind.de eine Kampagne »Erste an der Uni« gestartet. In kurzen Videoclips berichten Unternehmenschefs, Politiker und andere erfolgreiche Menschen aus Nichtakademikerfamilien, wie sie es zum Hochschulabschluss geschafft haben. Die Initiative bietet auch Infoveranstaltungen an Schulen. Alles zum Thema unter:

► arbeiterkind.de

Entgelt in der ITK-Branche

Was kann ich beim Bewerbungsgespräch an Gehalt fordern? Einmal im Jahr analysiert die IG Metall die Entgelte in der Informations- und Telekommunikationsbranche (ITK). Die 158-seitige Analyse »Entgelt in der ITK-Branche 2015« gibt es für Mitglieder für 4,90 Euro bei der IG Metall-Geschäftsstelle vor Ort:

► igmetall.de/vor-ort

Nicht-Mitglieder zahlen 19,90 Euro.

IG Metall vertieft Partnerschaft

Die IG Metall treibt ihre Partnerschaft mit der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft UAW voran. »Wir treten in eine neue Phase unserer langjährigen Zusammenarbeit ein. Heute fällt der Startschuss für das, was wir unsere Transnationale Partnerschaftsinitiative mit der UAW nennen«, sagte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, anlässlich der Eröffnung der gemeinsamen Bildungseinrichtung »Transatlantic Labor Institute« (TLI) Mitte November in Spring Hill (Tennessee).

Ziel der engeren Zusammenarbeit mit der UAW ist es, gemeinsam die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten zu verbessern, insbesondere an den Standorten der deutschen Autohersteller und ihrer Zulieferer in den Südstaaten der USA.

Kostenvorteil Nach Einschätzung der IG Metall haben die schlechten Arbeitsbedingungen vieler Beschäftigter in den USA, wo rund 40 Prozent aller Arbeitnehmer weniger als 15 Dollar die Stunde verdienen, für die dort tätigen Autoproduzenten einen großen Kostenvorteil geschaffen. »Aus der Perspektive deutscher Unternehmen sind die USA dabei, sich zu einem Niedriglohnstandort zu entwickeln. In den Südstaaten sind die Arbeitsbedingungen und Löhne viel niedriger und schlechter als in den traditionellen industriellen Hochburgen in den USA«, sagte Lemb. Das sei den deutschen Unternehmen nicht entgangen und werde von ihnen genutzt.



Foto: kzenoni/panthermedia.net

beruf. 2014 wurden zwar mehr Frauen Kfz-Meisterinnen als in den Vorjahren, aber insgesamt waren es bundesweit gerade mal 75.

Einkommen Rund 6000 Euro kostet die Weiterbildung. Sie dauert sechs bis 24 Monate, je nachdem, ob sie in Vollzeit oder in Teilzeit absolviert wird. Der spätere Verdienst hängt davon ab, wo der Meister arbeitet, und davon, ob das Unternehmen tarifgebunden ist. Firmen, in denen die Tarifverträge der IG Metall gelten, zahlen in der Regel besser. Das tarifliche Durchschnittsent-

gelt eines Meisters in der Industrie liegt zum Beispiel in Bayern etwa in einer Spannweite von 3960 bis 5042 Euro. Im Handwerk liegen die tariflichen Einkommen zwischen 3555 und 4006 Euro.

Meister können sich noch mit einem Lehrgang zum Betriebswirt (HWK) weiterqualifizieren, mit einer Prüfung bei der Handwerkskammer (HWK). Der Abschluss qualifiziert zu einer Führungskraft oder zum Unternehmensnachfolger in einem Betrieb des Kfz-Gewerbes.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



Mehr Wissen

Mehr Informationen zum Kfz-Meister bei der Bundesagentur für Arbeit:

➤ berufenet.arbeitsagentur.de und:

➤ arbeitsagentur.de

➔ Suche: **Berufsinformationszentrum**

Studieren neben dem Beruf

Wer studieren will, kann das auch berufsbegleitend neben der Arbeit. Die Hochschulen haben sich in den letzten Jahren mehr auf beruflich qualifizierte Studierende eingestellt. Es gibt bundesweit rund 1000 berufsbegleitende Studiengänge – als Fernstudium oder Präsenzstudium in Teilzeit, auch ohne Abitur.

Der Haken: Anders als das herkömmliche Studium kostet das berufsbegleitende Studium Geld. Die

Gebühren sind sehr unterschiedlich – von etwa 1800 Euro für das gesamte Bachelorstudium an der Fernuni Hagen bis zu 700 Euro im Monat an privaten Hochschulen.

Einige Hochschulen gewähren eine Befreiung von Gebühren in der Elternzeit. Ein Blick auf die Gebührenordnung der Uni lohnt sich.

➤ hochschulkompass.de

➔ Studium ➔ Die Fachsuche

➔ berufsbegleitend studieren



Foto: aykuli/panthermedia.net

Berufsbegleitend studieren geht immer besser – ist aber teuer. Besser geht es in der Elternzeit.



Die Preise im Dezember

Erster Preis:
eine IG Metall-Tasche
»Respekt!«

Zweiter Preis:
eine Isolierkanne
von Emsa

Dritter Preis:
eine LED-
Taschenlampe



Rätsel

Die Bildausschnitte gehören zu Fotos, die Ihr in dieser Ausgabe der metallzeitung findet. Die Lösung ergibt sich aus der Summe der Seitenzahlen, auf denen die Bilder zu finden sind.



Einsenden

Bitte die Lösung bis **21. Dezember 2015** unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main, oder per E-Mail an:

► raetsel@igmetall.de

LESERTELEFON

0800 446 38 25

Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02

► metallzeitung@igmetall.de

LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken.

SCHWERPUNKTE IM INTERNET



Klimakonferenz in Paris. Wie können wir das Klima schützen? Indem wir emissionsarm und energieeffizienter produzieren.

► igmetall.de

INFOS IM INTERNET



Daten, Fakten und Hintergründe rund um die Tarifrunde in der Holz- und Kunststoffindustrie sowie Aktuelles zur Stahlindustrie.

► igmetall.de/tarife

DEINE VERWALTUNGSSTELLE



Hier findest Du Deine Verwaltungsstelle:

► igmetall.de/vor-ort

HIER WIRST DU MITGLIED



Hier kannst Du Mitglied werden:

► igmetall.de/beitreten

IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Beauftragter der

Herausgeber:
Jan Engelhardt

Anschrift:

Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin:

Susanne Rohmund
(verantwort. i. S. d. P.)

Chefredakteurin:

Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst:

Fabienne Melzer

Redaktion:

Jan Chaberny,
Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan

Gestaltung:

Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Schinke

Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

► igmetall.de/metallzeitung

Angebot für Sehbehinderte:

Die **metallzeitung** gibt es auch als Word- oder PDF-Datei:

► metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38

► vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus
Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt

► info@zweiplus.de

Druck und Versand:

apm AG, Darmstadt



Papier:

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.